

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundseitigster

Jahrgang.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespaltene Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen - Annahme - Büros der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Polowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. J. Atrici & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streisand und Herrn D. Kempner; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Mosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Rabath; Jenke, Blaik & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg und des vormaligen Kurfürsten von Hessen.

Unter dieser Überschrift bringt die ministerielle „Provinzial-Korrespondenz“ folgenden Artikel:

Als unsere Regierung die Abfindungsverträge mit dem König Georg und dem früheren Kurfürsten von Hessen schloß, war sich dieselbe (wie das Staats-Ministerium seiner Zeit ausdrücklich ausgesprochen hat), wohl bewußt, daß dadurch eine bestimmte Anerkennung des Prager Friedens und des durch die Ereignisse in Deutschland geschaffenen Zustandes seitens jener Fürsten nicht erlangt war. In der Natur des Vertragsverhältnisses aber lag es, daß dadurch die Anerkennung von Feindseligkeiten des einen Theils gegen den anderen ausgeschlossen sein mußte. Ohne die Voraussetzung eines durch die Verhandlung von selbst thatfächlich eintretenden Friedensstandes könnten die von Preußen in so großmütiger Weise gebotenen Leistungen weder gewährt noch angenommen werden. In dieser Auffassung hat Deutschland und Europa den Abschluß der Verträge als eine Bürgschaft der Ruhe und des Friedens begrüßt, hat der Landtag der Monarchie seine Zustimmung zu den Vorlagen ertheilt.

Jaum aber hat unsere Regierung auf Grund dieser rechtlichen und politischen Auffassung die Genehmigung des Landtages zu den betreffenden Verträgen verlangt und erreicht, als durch das Verhalten des Königs Georg offenbar wurde, daß er jene Voraussetzungen und Bedingungen zu erfüllen, nicht gesonnen sei. Er fuhr auch nach dem vollständigen Abschluß des Vertrages fort, aus preußischen Unterthanen, welche durch seine Agenten in der Provinz Hannover angeworben und zum Theil zur Defektion verleitet wurden, Truppenkörper zu bilden, welche unter der ausgesprochenen Absicht, sie bei nächster günstiger Gelegenheit zu feindlichen Handlungen gegen Preußen beabsichtigt, vorbereitet und versehen wurden und für den künftigen Dienst gegen das eigene Vaterland auf fremdem Boden militärisch eingebüttet wurden.

In Folge dieser feindlichen Haltung des Königs Georg erklärte der Finanzminister v. d. Heydt in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 26. Februar v. J., daß, dem feindlichen Verhalten des Königs Georg ein Ziel zu sezen, die Staatsregierung als eine gebietserische Pflicht erkenne. In diesem Sinne habe sie den Versuch gemacht, durch die Einwirkung verhindern und befremdeten Höfe den König Georg zu demjenigen Verhalten zu veranlassen, welches nach Treu und Glauben den Voraussetzungen entspräc, unter denen allein die Unterzeichnung des Vertrages vom 29. September 1867 möglich gewesen sei. Sollten auf diesem Wege die Bürgschaften, deren die Staatsregierung nach den bisherigen Erfahrungen für das Verhalten des Königs Georg bedurfte, nicht rechtzeitig gewonnen werden, so werde sich die Staatsregierung lediglich von den Pflichten leiten lassen, welche ihre Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Staatsgebietes und für die Ruhe der Bewohner desselben ihr auferlegen.

Die Hoffnung, daß der König Georg den Rathschlägen und Mahnungen befreundeter Höfe zugänglich sein und in eigener richtiger Würdigung der durch den Vertrag ihm zugesetzten Verpflichtung die Feindseligkeiten einstellen und die geworbenen Truppen entlassen würde, ging nicht in Erfüllung. Die Regierung sah sich daher genötigt, zu den angekündigten Maßregeln zu schreiten. Der König Georg hatte durch seine Handlungen deutlich zu erkennen gegeben, daß er sich als im Kriegszustand gegen Preußen befindlich angesehen wissen wollte. Mit diesem Verhältnis war es unverträglich, daß ihm von Preußen die Mittel zur Kriegsführung gegen Preußen gewährt werden. Durch eine Allerhöchste Verordnung vom 2. März v. J. wurde (da der Landtag kurz zuvor geschlossen worden war) das gesamte Vermögen des Königs Georg V. für die Sicherheit des preußischen Staates, die Abwehr der vorbereiteten Angriffe und für alle Folgen der staatsgefährlichen Unternehmungen dieses Fürsten, so wie für die dem preußischen Staat dadurch verursachten Kosten haftbar gemacht und dasselbe zu diesem Behuf unter Sequester gestellt. Die in Rede stehende Verordnung ist jetzt dem Landtag zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt.

Gleichzeitig ist ein Gesetzentwurf behufs Beschlagnahme des Vermögens des Kurfürsten von Hessen eingefügt worden. Den Anlaß zu diesem Schritte hat eine vor Kurzem erschienene Denkschrift des Kurfürsten gegeben, deren wesentlichen Inhalt neben den gehäftigten Ausfällen auf Preußen und dessen Regierung Staatsbeleidigungen, Verleumdungen und Beleidigungen preußischer Behörden und Beamten bilden und welche in ihren letzten Zwecken auf hoch- und landesverräterische Unternehmungen gerichtet ist. Der Kurfürst hatte durch die preußischerseits als unabänderliche Voraussetzung des Vertrages bezeichnete Eidesentbindung seiner ehemaligen Unterthanen, Offiziere und Beamten zu der Erwartung berechtigt, daß er sich den neuen Ordnung der Dinge fügen werde. Der Kurfürst hat sich jedoch in mutmaßlicher Berechnung der europäischen Verhältnisse seitdem auf einen völlig veränderten Standpunkt gestellt, die früher gethanen Schritte als unverbindlich und unwirksam erklärt, und sich offen unter Anrufung der thatkräftigen Teilnahme auswärtiger Mächte als einen Feind der bestehenden staatlichen Ordnung hingestellt, an deren Umsturz er nur zur Zeit durch die zwingende Macht äußerer Verhältnisse gehindert sei. Mit der hierauf von ihm eingenommenen Haltung ist es unverträglich, daß Preußen ihm durch fernere Verabsfolgung reicher Einflussbezüge selbst die Mittel zur Verfolgung des Endziels seiner Pläne in die Hand gebe; vielmehr erscheint es als ein Altstaatlicher Nothwehr geboten, die dem Kurfürsten früher angedrohte Maßregel des Sequesters nunmehr in Ausführung zu bringen. — In dem betreffenden Gesetzentwurf, ebenso wie in der Verordnung in Betreff des Vermögens des Königs Georg, ist ausdrücklich vorgesehen, daß aus den in Beschlagnahmen genommenen Gegenständen und deren Extragen die Kosten der Beschlagnahme und der Verwaltung, so wie der Maßregeln zur Überwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und des Kurfürsten, so wie ihrer Agenten, mit Ausschluß der Rechnungslegung, zu bestreiten sind.

Deutschland.

Berlin, 12. Jan. Nach den Ansichten, welche sich in diplomatischen Kreisen geltend machen, kann an einem günstigen Verlauf der Konferenzverhandlungen in Paris nicht zweifelt werden, wenn man sich auch nicht der Illusion hingiebt, welche in einigen Blättern Ausdruck gefunden hat, daß nämlich das eingeschlagene Verfahren zur Lösung des türkisch-griechischen Zwistes nur eine sehr kurze Dauer beanspruchen und die Konferenz in ein paar Tagen ihr Ende erreichen werde. — Die parlamentarische Situation hat sich durch die jüngsten Berathungen der Budgetkommission wesentlich geklärt. Die Erwartung, daß durch diese Berathungen eine Verständigung zwischen der Regierung und den gemäßigteren Fraktionen des Abgeordneten-

hauses werde herbeigeführt werden, hat sich verwirklicht, und es ist der Weg gefunden worden, den Laske'schen Antrag zu erledigen und namentlich diejenigen Forderungen zu beseitigen, welche zu einer Kollision der Regierung mit dem Landtage hätten führen können, weil eine Zustimmung zu den Forderungen von der Regierung als unmöglich angesehen wurde. Was die Frage der Vorlage des Vertrages mit der Köln-Mindener Eisenbahn betrifft, so ist es nicht richtig, wenn in dem Bericht über die Kommissionssitzungen festgestellt wird, der Vertrag sei der Kommission zur Genehmigung vorgelegt worden, da er vielmehr nur gelegentlich und beiläufig zur Kenntnahme gebracht worden ist. Von einer Einholung der nachträglichen Genehmigung konnte außer aus den schon früher angedeuteten Gründen, auch schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Regierung sich nicht dazu verstellen konnte, den Inhalt des Vertrages, durch welchen schon so viele neue Rechtsverhältnisse geschaffen worden sind, nochmals in Frage zu stellen. Wenn man aber eine Genehmigung nachsucht, so muß man sich auch auf eine eventuelle Ablehnung gefaßt machen. Dadurch, daß die Kommission die Entlastung der Regierung in Bezug auf den Vertrag beantragt, wird es möglich, daß die Regierung nicht auf ihr Prinzip zu verzichten braucht, während das Abgeordnetenhaus durch ein Votum auch seinerseits die Angelegenheit zum Abschluß bringt, so daß jeder Neigung, welche die Frage, so lange sie nicht ganz und formell besiegelt war, hätte künftig herbeiführen können, vorgebeugt werden wird.

Die Schlussberathungen des Hauses über das Budget werden jetzt hoffentlich keine Schwierigkeiten mehr bieten und in einer oder zwei Sitzungen sich erledigen lassen. Wenigstens wird die Regierung keinen Anlaß zu weiteren Debatten geben und also weder in Betreff des Obertribunals, noch der Staatsanwaltschaften, noch einer anderen Frage eine Remedur versuchen. Daß sie sich ganz auf den durch die Vorberathung gewonnenen Boden stellt, hat sie schon dadurch bewiesen, daß der Vertreter der Regierung seine in den Kommissionssitzungen gemachten Mittheilungen der Vorberathung zu Grunde gelegt hat. — Gleich nach volliger Beendigung der Budgetberathungen werden wahrscheinlich die Sequestrationsvorlagen zur Verhandlung gelangen. Den betreffenden Bericht des Abgeordneten Lent erwartet man binnen fürzester Frist. — Die beabsichtigten vertraulichen Besprechungen über die Fortbildung der Kreisverfassung geben noch immer der Presse Stoff zur Polemik. Nachdem die Nachricht, die Angelegenheit sei völlig eingeschlossen von unterrichteter Seite widerlegt worden ist, wird jetzt das ganze Projekt als ein unnützes hingestellt; es werde ohne Resultat bleiben, weil solche Versammlung zu keinem Beschuß kommen könne, wenn nicht ein bestimmt redigirter Entwurf vorliegt. Dem gegenüber wird die Mittheilung genügen, daß sie keineswegs daran denkt, die Besprechungen ohne eine Grundlage abzuhalten, sondern daß vielmehr ein alle wesentlichen Grundzüge umfassender Entwurf vorliegen wird. — Gegenwärtig ist der schwedische Generaldirektor der Posten, Noos, hier anwesend und hat seit Sonnabend wegen postalischer Verhältnisse mit dem diesjärtigen Generalpostdirektor von Philippsborn Besprechungen, an welchen auch der Geh. Oberpoststrath Stephan teilnimmt. Gleichzeitig sind die Oberpostdirektoren von Potsdam, Halle und Stralsund hierher zu Konferenzen unter dem Vorsitz des General-Postdirektors von Philippsborn berufen, welchen auch der hiesige Ober-Postdirektor Sachse beiwohnt. Zu den Fragen, welche diskutirt werden, soll auch die Postverbindung auf der Ostsee gehören.

Der Prinz und die Prinzessin von Wales werden dem Vernehmen nach am 17. d. M. hier eintreffen und einige Tage hier verweilen, worauf von hier über Wien die Reise nach Egypten fortgelegt werden wird.

Der Erzbischof Graf Ledochowski verweilte am Sonntag längere Zeit in der fürstlichen Familie Radziwill.

Nach einem Telegramm des „Fr. S.“ aus Wiesbaden hat der Kultusminister beschlossen, die Aufsicht über sämtliche dortige Schulen nicht mehr einer geistlichen, sondern einer vom dortigen Magistrat gewählten Schul-Deputation zu übertragen.

Die militärischen Verhältnisse des Norddeutschen Bundes sind jetzt definitiv geordnet, und es bedarf, wie die „Militärischen Blätter“ bemerken, „nur eines kurzen Telegramms aus Berlin, um fast eine Million Soldaten unter die Waffen zu rufen“. Den Kern der Armee bildet die preußische, welche mit den ihr einverleibten früheren Kontingenten bereits völlig zu einem gleichartigen Ganzen verschmolzen ist. Die definitiv preuß. Truppenheile sind gegenwärtig folgende:

I. Feldtruppen 325 Bataillone Infanterie, worunter 29 von der Garde, 268 Schwadronen Cavallerie, worunter 32 von der Garde, 1146 Geschütze bei 11 Artillerie-Regimentern, worunter 96 Geschütze von der Garde, 12 Bataillone Pioniere. Die Zahl der Kombattanten beträgt hierauf, ohne Offiziere, in runder Summe 410,000. Hierzu treten die Bundeskontingente mit rund 53,000 Kombattanten in 43 Bataillonen Infanterie, 36 Schwadronen Cavallerie, 126 Geschütze, 1½ Pionierbataillone. Davon kommen in vorédachter Reihenfolge auf Sachsen 29 Bataillone, 24 Schwadronen, 96 Geschütze, 1 Pionierbataillon; Braunschweig 3 Bataillone, 4 Schwadronen, 6 Geschütze, keine Pioniere; Mecklenburg-Strelitz 1 Bataill. Infanterie; Großherzogthum Hessen 10 Bataill., 8 Schwadronen, 24 Geschütze, 1½ Pionierbataillon. II. Erzägstruppen. Preußen 107½ Bat. Inf., 67 Schwadr. Cav., 216 Geschütze, 12 Pionierbat. mit rund 128,000 Kombat-

tanten. Hierzu treten die Bundeskontingente mit 18 Bat. Inf. (Sachsen 9½, Braunschweig 1, Hessen 2½), 9 Schwadronen Cavallerie (Sachsen 6, Braunschweig 1, Hessen 2), 24 Geschützen (Sachsen 18, Hessen 6) oder 15,000 Kombattanten. III. Besagungstruppen. Preußen 190 Bat. Infanterie, 14 Jäger-Kompanien, 48 Schwadronen u. s. w. oder 175,000 Kombattanten. Hierzu 22,000 Kombattanten der Bundeskontingente, im Ganzen also 803,000 Mann, ohne Offiziere, Train, Handwerker, besondere Formationen u. s. w. Die Verschmelzung so vieler ehemaliger Bundeskontingente mit dem Heere führte den Offizierkorps zahlreiche neue Elemente zu und machte verschiedene wieder Abgaben an die neuen Truppenheile nötig, welche an Stelle der aufgelösten Kontingente errichtet wurden. Zugleich bedingte diese Verschmelzung eine ganz neue Landwehrbezirks-Einteilung, wobei der Grundsatz festgestellt wurde, die kleinen Verwaltungszicke mit den militärischen Zusammensetzungen zu lassen und wieder jedem Infanterie-Regiment seinen besonderen Ergänzungsbereich zu zuweisen. Das Ergänzung- und Kontrollwesen wurde neu geordnet, die Verhältnisse der Offiziere des Beulaubenstandes festgestellt und dabei zugleich die Offiziere in Reserve und Landwehr eingeteilt. Durch die neue Bezirkseintheilung der Landwehr ist auch die Zahl der Landwehr-Bataillone in den alten Landen Preußens vermehrt worden. Ueberhaupt ist für die Besatzungsarmee nicht Unrechtes geschehen, wohinnamlich zu rechnen ist, daß der Grundsatz endlich verlassen wurde, den Bedarf an Besagung für jede Festung durch Ingenieure, und zwar nach der Kopfzahl, feststellen zu lassen und dadurch für jede Festung verschiedene „Detachements“ an Jägern, Cavallerie, und Pionieren zu bilden, deren taktische Verwendung ihrer verschiedenen Stärke und Gliederung wegen ziemlich schwierig war. Durch Wiederannahme des neuen „militärischen“ Grundsatzes ist das Mittel gewonnen worden, entbehrliche Festungs-Besagungen auch anderweitig im freien Felde, zu Stappendiensten, Blockaden u. s. w., ohne weitere Umformung verwenden zu können.

— Die Zusammenstellung der bei der Vorberathung des Etats gefassten Beschlüsse mit der Vorlage der Regierung, welche bei der am Donnerstag beginnenden Schlussberathung des Etats zur Grunlage dient, ist soeben ausgegeben worden. Es ergibt sich daraus, wie wir der „B. A. C.“ entnehmen, daß bei den Einnahmen keine Änderungen in den Ziffern der Regierungsvorlage eingetreten. Abgelegt worden sind bei den fortlaufenden Ausgaben im Ganzen 32,521 Thaler, darunter an verschiedenen Schutzzöhungen und Remunerationen 6300 Thaler, außerdem bei den Paisvis der General-Staatskasse die dem Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein zu zahlende Rente von 1000 Thlr., die Ausgabe für die Stelle eines Dirigenten der bei der Regierung zu Köslin neu zu errichtenden Abteilung für Kirchenverwaltung und das Schulwesen: 1500 Thaler; das Gehalt für einen neuen Oberstaatsanwalt beim Obertribunal: 2600 Thaler; die Ausgaben für Selbstvertretung der Ober-Tribunalräthe in Abwesenheits- und Krankheitsfällen: 1000 Thaler; der Zusatz Behufs Umwandlung einer Rathskasse beim Ministerium des Innern in eine Stelle für einen zweiten Ministerial-Direktor: 1400 Thaler; die bei demselben Ministerium geforderten Fonds zu Almosen und Unterstützungen, welche früher aus der Hand- und Chatulkasse des Königs Georg an Hülfssbedürftige in der Provinz Hannover gezahlt worden sind: 5000 Thlr.; beim Kultusministerium die Mehrforderung für das Konistorium: 8721 Thlr.; das Gehalt eines Universitäts-Kurators in Marburg 2000 Thlr.; der Staatszuschuß für das (christliche) Gymnasium Gütersloh: 1000 Thaler; dagegen sind zugesetzt: 25,525 Thlr. als Mehrbetrag der Ausgaben für die 6 definitiv bewilligten Landdrosteien in der Provinz Hannover (118,750 Thlr. gegenüber den 93,225 Thlr. für die von der Staatsregierung vorgeschlagenen 3 Regierungen). Es bleiben mithin abgesetzt 6996 Thlr. Bei den einmaligen Ausgaben sind abgesetzt 50,000 Thlr. zum Ankauf und zur Errichtung eines Dienstgebäudes für das landwirtschaftliche Ministerium, Museum und Lehranstalt. Die Summe der Absetzungen bei der Ausgabe beträgt mithin 56,996 Thlr.

— Die Eisenbahnpolizei soll, wie die „Trib.“ ver nimmt, in nächster Zeit neu geregelt werden. Die Bestimmungen, die in dieser Hinsicht bestehen, sind durch die grohartige Entwicklung, die der Eisenbahnerverkehr in neuester Zeit gewonnen, zum Theil antiquirt. Außerdem sind die Besagungen so ungleichmäßig verteilt, daß nicht einmal für sämtliche königliche Eisenbahndirektionen die Kompetenz dieselbe ist. Beispieldeweise ist nur den Direktionen der Ostbahn und der Oberschlesischen Eisenbahn gestattet, die ihnen zustehende Besagung zur selbstständigen Handhabung der Eisenbahnpolizei auf die Betriebs-Inspectoren zu übertragen. Für andere Bahnverwaltungen gilt noch immer die Bestimmung, daß nur die Direktionen das Recht haben, vorläufige Strafseitzeungen zu erlassen. Die Direktionen der Privat-Eisenbahnen sind darin noch beschränkt; sie müssen die Strafen, die durch Nebertretungen der Bahnpolizeigesetze verübt sind, durch die Landräthe oder die städtischen Polizeibehörden festsetzen lassen.

— Der vormals kurhessische Staatschaff, über dessen Höhe vielfach irrite Meinungen verbreitet sind, ist zum größten Theile in Staats- und sonstigen geldwerten Papieren und nur zu einem geringen Theile (34,461 Thlr.) in Hypotheken angelegt. In der Mitte des verflossenen Monats September hatten die Gesamtkapitalien des Schafes einen Kurswert von rund 5,600,000 Thlr. mit einem Zinsentrage, welcher sich pro 1867 auf 335,467 Thlr. beläuft. Nach dem allerhöchsten Erlasse vom 16. September 1867 sollen die Zinsen des Schafes zur Verwendung kommen für folgende Zwecke:

1) Unterhaltung des Chausseen- und Landwegebauens, 2) Unterhaltung der Land-Krankenanstalten und Landes-Hospitäler, Anlegung und Unterhaltung einer Irren-Heilanstalt, 3) Anlegung und Unterhaltung einer Ar-

heits-Anhalt zur Verbübung der von den Polizeibehörden verfügten Haft von Landstreitern, Bettlern und Arbeitslosen, 4) Besteitung der Kosten der Landarmenpflege einschließlich der Anlegung und Unterhaltung eines Landarmenhäuses, 5) Unterhaltung und Ergänzung der Landesbibliotheken. Zu diesen Verwendungszwecken sollen jetzt noch hinzutreten: 1) Besteitung der Kosten des Kommunallandtags und der kommunalständischen Verwaltung, einschließlich der im Jahre 1868 erwachsenen derartigen Kosten; 2) Unterhaltung der milden Stiftungen, Armen-, Wohlthätigkeits- und Retungs-Anstalten, sowie Übernahme der bisher vom Staate geleisteten Unterstützungen für Zwecke der Armenpflege; 3) Unterhaltung des Taubstummen-Instituts zu Homburg; 4) Besteitung der Kosten des Unterhalts elternloser unvermögender Kinder, soweit die Verpflichtung hierzu nach dem Auschreiben des vormaligen kurhessischen Staatsministeriums vom 15. Oktober 1822 dem Staate obliegt; 5) Bildung eines Fonds für Buschüsse zu Landes-Meliorationen.

Thorn, 9. Januar. Die Stadt wie der Kreis Thorn haben im Interesse des Personen- aber noch mehr des Güterverkehrs in Berlin um die Herstellung eines Bahnhofes für die Eisenbahn Thorn-Fürstenburg auf dem rechtsseitigen Weichselufer in der Nähe der Stadt petitionirt. In einem Bericht vom 7. September v. J. hat auch der Landratsamts-Verwalter Herr John dieses Petition unterstützt. Vom Kriegs- wie vom Handelsministerium ging demselben der Bescheid zu:

Dass die Herstellung eines Bahnhofes auf dem rechten Weichselufer in militärischer Beziehung höchst ungünstig sei und defensivische Nachtheile zur Folge haben würde, welche unbedingt durch Erbauung vorgeschobener Befestigungen ausgeglichen werden müssten. Für die Errichtung dieser Werke, von welchen die Kosten wenigstens des einen, zum unmittelbaren Schutz des fraglichen Bahnhofs detinirten Orts im Betrage von 250,000 Thlr. der Militärvorwaltung zur Verfügung zu stellen wären, bietet der Eisenbahnbauhof keine Mittel, und da auch keine Aussicht zur anderweitigen Beschaffung eines so hohen Gelddetrages für den angegebenen Zweck vorhanden sei, so könne dem Antrage nicht näher getreten werden.

Frankfurt a. M., 9. Januar. In der heute Morgen stattgefundenen Sitzung des Buchpolizeigerichts stand die Anklagesache der Staatsanwaltschaft gegen die „Frankf. Zeitung“ wegen Verleumdung und Beleidigung preußischer Generale in Bezug auf die Ausübung ihres Dienstes auf der Tagesordnung. Die Anklage bezieht sich auf einen Artikel der „Dr. Stg.“ „Braun und Konkurrenz kontra Frankfurt a. M.“, der gegen die bekannte Broschüre des Abg. Braun: „Der Schmerzenschrei Frankfurts und Verwandtes“ gerichtet war. In diesem Artikel wird den preußischen Generalen u. A. Schuld gegeben, daß sie „aus Nachgier, mit überstürzender Wut und rassinnerer Wollust“ gehandelt hätten. Nach Begründung der Anklage durch die Staatsanwaltschaft beantragte Herr Dr. Braunfels, der Vertheidiger des angeklagten verantwortlichen Redakteurs, Herrn Fried, den Beweis der Wahrheit und Abhörung von Zeugen und Vorlage offizieller Aktenstücke zu erheben. Die Buläufigkeit dieses Beweises stellte der Staatsanwalt in längerer Ausführung in Abrede, indem er sich darauf stützte, daß keine Beweisaufnahme darthun könne, daß die Führer aus den ihnen zugeschriebenen Motiven gehandelt hätten. Das Gericht beschloß, nachdem noch Herr Dr. Braunfels die Ausführungen des Staatsanwalts in einer Replik widerlegt hatte, das Urtheil über diese Vorfrage auf nächsten Donnerstag zu verschieben.

Aus Baden, 8. Januar. Wir stehen nun glücklich vor dem Stadium der Kirchenpolitischen Exkommunikation! Der Erste, welchem diese Maßregel droht, ist der Bürgermeister der alten Konziliumstadt Konstanz, Herr Stromeyer, in Folge seiner Absertigung der dritten Verwarnung. Derselbe hatte die beiden ersten Verwarnungen, welche der Verwahrer der Konstanzer Stephanspfarrei zu überbringen hatte, mit der kurzen und bündigen Erklärung beantwortet, daß er nach seiner Pflicht gehandelt habe und der Freiburger Kurie keinerlei Recht der Exkommunikation in seine Angelegenheiten zugeschehe. In Übereinstimmung mit dieser Erklärung hatte er völlig korrekt beidermal die Verleugnung des betreffenden Erlasses nicht gestattet und demgemäß auch die verlangte Eröffnungsberechnung nicht gegeben. Darauf erfolgte am 5. Dreikönigstag die dritte Verwarnung, diesmal mit deutlicher Exkommunikationsandrohung in schriftlicher Bestellung. Herr Stromeyer hat den Brief ohne Bemerkung zurückgeschielt. Diese erstaunliche, stark nach Mittelalter schmeckende Geschichte spielen übrigens schon seit Wochen in ihren ersten Stadien, und man erfährt jetzt auch, daß während ein ähnliches Verfahren gegen Professor Brüche wieder fallen gelassen worden ist, außer den schon genannten Herren Intlekofer und Edhard auch Oberbürgermeister Hauer in Freiburg, Abgeordneter Kirsner in Donaueschingen (erster Vizepräsident der zweiten Kammer) und Fabrikant Heller in Lengkirch, Mitglied der ersten Kammer, solche Verwarnungen erhalten haben. (Fr. Z.)

München, 10. Jan. Das Zollparlamentsmitglied Graf Lüzburg hatte einen höheren Posten in der Justiz erhalten und

Rubinstein.

Konzert vom 11. Januar.

Der Vollendung gegenüber, mit welcher der geniale Künstler sein Publikum bezaubert, wären detailirende Auseinandersetzungen, welche einzelne Vorzüge hervorzuheben hätten, wohl vom Uebel; denn man mag anfangen, zu betrachten, wo man will, überall tritt der erreichte Standpunkt idealer Höhe in überwältigendem Maße hervor. Das höchste, was die Zeit auf dem Klavier bieten kann, ist hier vorhanden, und es tritt nicht mehr in dem Zwange technischer und äußerer Mittel auf, sondern als ein unwiderstehlich fesselndes Fluidum zieht es wie eine Himmelskraft in das wogende Herz des Hömers, nur Mußt, die reinste, edelste Musik ausprechend, welche mit dem Spiel so innig verbunden ist, wie die Seele mit dem Körper. Der Künstler führte ein Programm durch, dessen höchste Bedeutung vielleicht nicht von allen Höfern gefasst wurde, weil er ihm Augenblick der Ausführung mehrere Aenderungen an den gedruckten Angaben vornahm. Er führte uns die großen Meister von Bach und Händel an bis zu Liszt hervor, gluthvoll in den leidenschaftlichen Bügen, charakteristisch in den einzelnen Details vor; das waren nicht mehr Töne nach Noten, welche den Raum durchwagten, sondern es war der unsterbliche Geist der titanen Schöpfungen und der ewige Genius der Meisterwerke, welche in idealer Ausführung bald wie verzehrende Feuerflammen, bald als ein stilles sanftes Säuseln in den Ohrenkreis drangen.

Die erste Nummer (vollständig von dem Programm abweichend) brachte die in Pracht und Herrlichkeit dastehende chromatische Fantasie von Sebastian Bach, an diese schloß sich die in $\frac{3}{4}$ -Takt sich bewegende dreistimige d-moll an. Wer den großen Meister, den lange noch nicht genug gewürdigt ist, nur einiges Interesse abgewonnen hat, wird die Fülle und den Reichthum, welche Rubinstein in funkelndem Farbenglanze gewaltiger Macht zeichnet, angestaunt und bewundernd diesen gewaltigen Schöpfungen gelauscht haben. Die Fuge mit dem wirkungsvollen Thema entwickelte sich in einer Klarheit und feinen Durchsichtigkeit, welche eine vollkommen Ausführung gar nicht denken läßt. — Der zweite Satz bot ein Rondo H.-moll von W. C. Bach, das auch Hans v. Bülow bearbeitet hat, in empfindungsvollster Ausbeute des lieblichen Charakters, den das Werk an sich trägt. Den Schlüß des ersten Theiles bildete die Gigue aus der A-dur-Suite von Händel und die E-dur-Variationen aus der Suite der gleichen Tonart. Die letzteren aus dem vorigen Konzert schon rühmlich bekannt, riefen auch ganz außergewöhnliche Beifallsbezeugungen hervor. — Der zweite Theil enthielt Chopin, auch hier fand eine Aenderung statt, indem nach dem fis-moll-Mazurka eines der lieblichen, auch von Olletantep viel gespielten Nocturnos eingelebt wurde. Das Scherzo nicht B-moll, sondern H-moll schloß den Theil ab. Rubinstein behandelte Chopin in der geistreichsten Weise, — das Vergeistigen des Inhalts, der Ascent, die Charakteristik, das Hervorheben der Kontraste, die Bezeichnung der Leidenschaften, Gefühl, Feuer, das sind Faktoren, welche in unentzweibarer Begeisterung ausströmen und überströmen. — Die Sonata appassionata, F-moll, bot den phantastischen Reichthum, in welchem eine ganz unendliche Tiefe des Gemüths zur Ertheilung kommt, in dem fröhlichen, freudigen Geiste und feurigem Schwunge der Leidenschaft in einer den Versuch, welche sonst mit der Sonate selbst von Künstlern gemacht werden spottender Weise, obgleich wir dabei auch mit Vergnügen an die Ausführung von Beide zurückdenken. — Der Mittelsatz, ein weisevolles Lied mit Variation, „ein inbrünstiges Gebet in tieffester Verfinstierung“, wie es Marx nennt, war in erquickender Wärme voll unendlichen Baubers. Nicht gewohnt,

dadurch war eine Neuwahl für den Kreis Kissingen nötig geworden, welche in der vorigen Woche stattfand und das Resultat lieferte, daß der ultramontane Kandidat v. Zu-Rhein über den der gemäßigt liberalen Partei angehörigen Grafen Lüzburg siegte. Es wurden über 12,000 Stimmen abgegeben, von denen Herr v. Zu-Rhein an 600 mehr erhielt, als sein Gegner. Der katholische Clerus, dessen Organisation hier eine sehr feste ist, hatte nach Kräften für ihren Kandidaten gewirkt. Wie weit diese Agitation ging, beweist eine kleine Geschichte, welche ein Korrespondent der „Post“ mitteilte. Er berichtet:

In einem Kafe zu Brüdenau hielt nun ein junger Kaplan vor „den bairischen Wählern“ eine Wahlrede, in welcher sich folgende Stelle findet: „Dass ein Ministerium, wie von Hohenlohe und Schör ganz preußisch ist, beweist selbst die Berliner „Kreuzzeitung“, der „Volksbote“, das „Mainz Journal“ und die „Donauzeitung“, und wenn solche Blätter dies Alles sagen, so muß es gewiß wahr sein. Herr Reichsrath v. Thüngen hat selbst gefragt, daß in Berlin Minister Hohenlohe, Schör und Lüzburg dem Grafen Bismarck auf Schritt und Tritt nachgegangen seien und habe Bismarck bei jeder Abstimmung denselben Stets mit den Augen gewetzt, worauf sie immer für Preußen stimmt. Ferner hat dieser Lüzburg sich in Berlin in zwei schöne Augen verliebt und ich weiß erfahrungsmäßig, (so!) daß ein Verliebter oftmals ganz blind ist, nicht sieht und hört, nicht weiß, was er tut — selbst den Verstand verloren hat. Wir haben aber unsere Zollparlaments-Abgeordneten nicht nach Berlin geschickt, um sich Vergnügen zu machen, und sich eine Frau zu holen, sondern um unsere Interessen zu vertreten. Jetzt kann ich ihn nicht wählen, wenn er einmal verheirathet ist, dann gleichwohl. Hier muß ich besonders anführen, daß im Gashofe zum Kronprinzen in Würzburg der Herr v. Würzburg den Herrn v. Leonrod fragte: „Ist es wahr, daß der Graf Lüzburg die Tochter des Bismarck heirathet?“ und daß hierauf Leonrod geantwortet habe, „Hier neben steht der Herr Regierungspräsident, er wird's Ihnen selbst sagen“, worauf Letzterer die Neuerung mache: „Es ist bis jetzt noch nicht so weit.“

Der erste Präsident der Kammer der Abgeordneten, Professor v. Pöhl, hat der Kammer als deren Kommissär bei der Staatschulden-Tilgungs-Kommission Bericht erstattet über seine Geschäftsführung vom Oktober 1867 bis November 1868. Nach derselben war Ende November 1868 der Stand der bairischen Staatschuld folgender: alte Schuld 67,697,592 fl. 43½ Kr.; neue Schuld 36,812,291 fl. 30 Kr.; Militärschuld 63,657,500 fl. Gegen das Vorjahr hatten sich bei den ersten beiden Schuldabtretungen Minderungen von 1,407,765 fl. bei der Militärschuld dagegen eine Mehrung von 9,738,200 fl. ergeben. Die Eisenbahnschuld betrug 148,371,900 fl. und die Grundrentenschuld 96,219,725 fl.

Oesterreich.

Wien, 10. Januar. Über die schon oft erwähnte Beschlagnahme eines für Rumänien bestimmten Waffentransportes wird der „Leipziger Stg.“ von hier geschrieben:

Der neueste Versuch, aus einem ganz unbedeutenden Zwischenfalle eine cause célèbre zu machen, knüpft an die zollamtliche Behandlung und Beschlagnahme einer großen Waffensendung an, welche von Preußen durch Russland über Galizien nach Rumänien befördert werden sollte. Diese Beschlagnahme ist aber ohne jede politische Bedeutung, ein reiner Alt der Grenzsteuer-Domäne. Es muß gesetzmäßig jede Waffensendung, welche Österreich transito passirt, genau angegeben werden, und bedarf sie zur Weiterbeförderung eines Passirscheines — wie das, nebenbei bemerkt, auch im Zollvereine der Fall ist. Nun war schon vor längerer Zeit eine große Sendung Lassettten und Zubehör in Wien angemeldet und der Passirschein ertheilt, welche von Salzburg nach Rumänien über Ossau geben sollte. Der Winter machte aber die verspätete Sendung auf dieser Linie (via Donau) bedeutlich, und das betreffende preußische Haus beschloß daher, die Sendung (von 80 Feld-Lassettten &c.) über Galizien gehen zu lassen. Beim Eingange der Station Szczawina präsentirte man aber nur den über Salzburg ausgestellten Passirschein; in Folge davon wurde die Ladung, ein ungeheure Bug, denn die Lassettten wurden von einer angeblichen großen Sendung Österreich begleitet — nicht weiter befördert, bis der Passirschein in Wien umgeändert und für die Richtung Szczawina ausgestellt war; der Bug ward aber dann sofort nach Czernowitz weiter expediert. Dort stellte sich jedoch bei der Revision heraus, daß die angeblichen Österreichische Gewehre waren, und in Folge dessen ward die Sendung von neuem mit Beschlag belegt, bis die bezügliche Strafe beglichen sein wird. Diese Waffensendung sollte mit Umgehung Österreichs durch Russland gehen, aber der Spediteur fand im Moment der Beförderung die Fahrbarkeit der russischen Straßen zu

den letzten Satz in so reizender Bewegung zu denken, erschien er fast zu glühhaft aufgeregert, und man hatte Mühe, dem gewaltigen und doch so leicht scheindenden Fluge zu folgen, freilich ohne das Gefühl zu verlieren, daß der Künstler doch in nichts gefehlt habe. Von den übrigen Kompositionen, dem lieblichen kleinen Moment musical, A-s-dur von Fr. Schubert, den Sägen aus Schumanns Waldszenen, bis zu Liszts bizarre Kaprice ist die Tiefe der Empfindung, die poetische Auffassung und der hinreißende Wohlklang eben so zu bewundern, wie die immenste Technik, welche dem Künstler in allen Formen und Nuancen aufs Wunderbarste zur Verfügung steht. — Den Abschluß bildete der mit vollem Orchester-Effekt und üppigster Tonfülle dahin rauschende Hochzeitsmarsch aus dem Sommernachtstraum von Mendelssohn.

Die Bescheidenheit des Künstlers, von seinen ausgezeichnet werthvollen

Kompositionen gar nichts zu bringen, ist zu rühmen, wenn auch damit eine

Befragung eines hohen Genusses zusammenhängt, hoffentlich führt er uns später den eigenen schaffenden Künstler auch wieder vor. — „Der Geist macht lebendig, der Buchstabe tödtet“; das erfüllt sich lebendig in Rubinstein's Spiel.

Bienwald.

Ein Charakterkopf aus Polen.²⁾

Von Otto Spielberg.

Wenn man in Brüssel vor zehn Jahren über den großen Marktplatz ging, konnte man jeden Morgen einen unscheinbar gekleideten, gebückt gehenden, weißbartigen Greis gewahren, der schnell und hastig einer Kontorei zufuhr. Es war dies der politische Flüchtling und Geschichtschreiber Joachim Lelewel. Er war 1830 während der Revolution in Warschau Minister und eine kurze Zeit Diktator von Polen; nach der Einnahme der Stadt durch die Russen flüchtete er, als Handwerksbursche verkleidet, mit einem Fellen auf dem Rücken nach Frankreich, kam durch Deutschland, reiste über Schlesien, Sachsen auf Paris zu, fand hier Aufnahme bei dem alten Patrioten Lafayette, agitierte unablässig für Polens Befreiung, wurde auf Anderungen der russischen Gesandtschaft von den französischen Regierungen verwiesen und schlug nach mühelosen Strapazen und unzähligen Erfahrungen sein Asyl in Brüssel auf. In Brüssel lebte er die dreißiger, vierziger und fünfziger Jahre hindurch. Die Stadt war ihm eine zweite Heimat geworden und den vielen polnischen Flüchtlingen, die sich hier aufhielten, ward er ein Vater, Berater und Unterführer. Er hielt Vorlesungen über alt-slavische und asiatische Geschichte, gab Privatunterricht, und da beides nicht ausreichte ihn zu ernähren, beschäftigte sich er — der größte Geschichtschreiber Polens, der ehemalige Regent von Polen, der Sohn eines königlichen Schatzmeisters — mit Gravuren von Perschichten! Er betrieb das letztere Geschäft, wie er mir sagte, für eigene Rechnung und war so geübt in dieser Kunst, daß er auf Erbhöhe einen Stierkopf zu graviren vermochte. In seinen siebziger Jahren verließ ihn das Augenlicht und er lagte mir in bitteren Worten sein Leid, daß er diesem kleinen Verdienste entsagen müsse.

Seine Lebensweise war eine republikanisch-einfache, daß er von den wenigen Freundschaften, die er des Monats erworb, noch seinen armen Landsleuten fortwährend Unterstützung zukommen ließ. Er wohnte in einem mehr als bescheidenen, ich kann sagen, in einem düftigen Dachhämmlein bei einem Schankwirth, der nicht zu ahnen schien, welch großen Gast er in seinem vier Pfählen beherberge. Er trug eine Art Kutsche, die ihm ein fast

unsicher und tauschte deshalb die mit den Lassettten verlaufenen Äckergeräthe gegen die Gewebe aus. Wäre die Ladung genau angegeben gewesen, hätte sie anstandslos passieren können.

Wien, 12. Jan. (Tel.) Wiener Blätter veröffentlichten ein Telegramm aus Konstantinopel vom heutigen Tage, worin die Gefangennahme aller Mitglieder der provisorischen Regierung auf Kandia bestätigt wird. Vier derselben sollen gefallen sein. Auch seien die Archive mit zahlreichen kompromittierenden Correspondenzen aufgefunden worden.

Lemberg, 5. Januar. In letzter Zeit haben sich wieder mehrere preußische Gutsbesitzer in verschiedenen Gegenden Galiziens mit bedeutendem Grundbesitz angekauft, was die polnischen Parteiblätter sehr empfindlich berührt und ihnen Veranlassung zu der Mahnung gegeben hat, „das polnische Vaterland nicht Stückweise an den deutschen Feind zu verkaufen.“ Unter den neuerdings in preußisch-deutschen Besitz übergegangenen Güterkomplexen befindet sich auch die 20,000 Morgen umfassende Herrschaft Tutiler, deren Kauf unter sehr billigen Bedingungen abgeschlossen sein soll; man sagt sogar, der Morgen sei nur mit 5 fl. bezahlt worden. Ein preußischer Fabrikant, der in der slawischen Gegend am Sanfluss ein bedeutendes Grundstück läufig erworben hat, beabsichtigt auf demselben eine großartige Spinnerei anzulegen. Nach Angabe polnischer Parteiblätter hat der gesamte Grundbesitz, der sich in Galizien in preußisch-deutschen Händen befindet, bereits einen Flächeninhalt von ca. 70 Quadratmeilen. (Ostsee-Z.)

Frankreich.

Paris, 10. Jan. Die spanischen Corteswahlen werden auf die Wahlen zum gesetzgebenden Körper einwirken, sei es ermutigend für die Demokratie, sei es anfeuernd für die Präfekten: das führt man in Frankreich nur zu deutlich heraus, und deshalb ist schon jetzt die Aufmerksamkeit auf die Vorbereitungen in Madrid und den übrigen Zentralpunkten sehr rege. Nach den Nachrichten des „Journal des Débats“ zeigt sich die karlistische Partei bis jetzt nur in einigen Gegenden Nordspaniens zuverlässlicher, im Zentrum und in einigen westlichen Wahlkreisen zeigen sich Kandidaten, die dem Prinzen von Asturien zugethan sind; der Hauptkampf dagegen wird zwischen den monarchistischen und republikanischen Demokraten ausgetragen. Erstere sind noch immer uneins, und es handelt sich jetzt darum, zwischen den drei Gruppen eine Koalition für die Wahlen zu Stande zu bringen; unter den Republikanern wirkt besonders der Chirgeiz einzelner Häupter lähmend. In Madrid stehen Orense, Castellar, Figuera, Pi Margall, Garcia Lopez, Garrido und Pierrad auf der Liste, doch will man vier Männer, die anderwärts Aufsicht haben, gegen Republikaner austauschen, falls diese sich zur Koalition bereit finden lassen. Die Monarchisten arbeiten für Serrano, Prim, Topete, Rivero, Sagasta, Borilla und Berrero; die spezielleren Freunde Olozaga's und dieser selbst werden ihrem Schicksal überlassen. So die Aufführung der „Débats“. Der „Tempo“ hat berechnet, daß die Zahl der Wähler gemäß dem Wahl-Decrete etwa 23 p.C. der Gesamtbevölkerung nach der Zählung von 1860 betragen werde. Spanien zählte damals in seinen 49 Provinzen (die Balearen und Kanaren einzgerechnet) 15,658,531 Einwohner, wovon 7 1/2 Mill. männlichen Geschlechts; laut dem Decrete wird auf je 45,000 Einwohner ein Abgeordneter gewählt. Die Wahlfähigkeit beginnt erst mit vollendetem 25. Lebensjahre. Mat hat 352 Abgeordnete und 3,443,943 Wähler berechnet; es gehen aber wenigstens 220,060 wegen gesetzlicher Infapazität ab, so daß die Zahl der eingeschriebenen Wähler auf 3,399,644 und damit auf 9658 für je einen Deputierten reduziert wird. Die Zunahme der Bevölkerung seit 1860 wird, so meint der „Tempo“, dieses Verhältnis nicht wesentlich ändern. Das „Siècle“ hofft auf den Sieg der Republikaner, deren Programm

mönchsartiges Ansehen gab. Ein Einsiedler war er ohnedies bereits, für Niemand zugänglich als für Hülfesuchende; alle Neugierigen kurz und mürkisch abstoßend, hatte er ganz und gar die Manieren eines Misantropen. Wenn er in einem öffentlichen Lokal saß, blickte er nicht auf, sondern hatte fort und fort den Kopf in einem Zeitungsblatt stecken, und merkte er, daß er die Aufmerksamkeit irgend eines Gastes erregte, drehte er diesem ohne Weiteres den Rücken zu oder — ging fort.

Es schien, als hätte er seit dem Untergange Polens seinen ganzen Frohsinn, seine Lebenshierarchie, die er in der Jugend in vollem Maße besaß, verloren. Auch mochte es sein, daß er weniger zugänglich war, weil er von vielen falschen Freunden ausgebettet, schlecht belohnt, verdächtigt und denunziert worden war. Während der ersten Jahre seines Aufenthalts in Brüssel blieb er lange Zeit hindurch ein Gegenstand der Beobachtung für die belgische Polizei — es fanden sich Kreaturen, Landbeute von ihm, die sich zu Spionen hergaben, ihm unter der Maske eines Judaslohn verlaufen. Lelewel war natürlich eine zu ehrliche und brave Natur, als daß ihn hätte ein Malet treffen können. Eben durch die geheimen Beobachtungen, denen er mehrere Jahre hindurch unterlag, konnte selbst die Polizei gewahren, daß sie es mit einem Manne zu thun habe, der sich in seinem Unglück mehr um die Leiden seiner Mitflüchtlinge kümmerte, mehr um den Erwerb des täglichen Brotes — er schlug jegliche Unterstüzung, selbst eine Pension des Kaisers Nikolaus, aus — als um politische Agitation. Seit dem Jahre 1831 hatte Lelewel jeden Gedanken an eine Wiederbefreiung Polens aufgegeben und nichts vermocht ihn mehr zu bewegen, sich an späterem Parteitreiben zu beteiligen. Darum war er

es als das „logischste, würdigste und großartigste“ bezeichnet. Vor der Hand jedoch dürfte jede Berechnung noch sehr früh sein; die Aussichten der Republikaner hängen wesentlich davon ab, ob die Monarchisten sich aufrichtig einigen oder einander im Stiche lassen, wo die Personenfrage schärfer hervortritt; schlau genug ist es, daß man den Monarchisten, die für Espartero sind, die Hand hinhält; es fragt sich aber noch, ob im entscheidenden Momente der alte, unschlüssige Espartero zu der offenen Erklärung, daß er die Krone annehmen werde, wenn sie ihm angeboten würde, zu bringen ist. Nach seiner Vergangenheit zu schließen, wird er es schwerlich thun. Die Wahl Esparteros, wenn sie so zu Stande käme, wäre selbstredend nur ein Übergang, eine Vertragung, wenn nicht eine schlimme Verschleppung der Frage, und in diesem Falle schwerlich ein Glück für das Land, ja, kaum ein Glück für die Demokraten selbst.

— Die „Liberté“ berichtet über einen Zwischenfall der gestrigen Konferenzfahrt folgendes, ohne indeß ihre Angaben verbürgen zu wollen:

„Auf die Einladung, der Versammlung seine Auseinandersetzungen zu geben, hätte der griechische Gesandte eine sehr mühvolle, aber auch sehr energische Note verlesen, in welcher er gegen die seiner Regierung geschaffene Lage und gegen die ihn angewiesene lediglich konsultative Rolle protestirt hätte. Die Frage ist sehr einfach, hätte Herr Rangabé im Besuchlichen gesagt: es handelt sich um einen zwischen der Türkei und Griechenland schwedenden Prozeß; es ist also billig und natürlich, beide Mächte mit gleichen Rechten zuzulassen oder alle beide auszuschließen. Die Türkei kann nicht Richter und Partei zugleich sein: Wollte man sagen, daß die Pforte als Mitunterzeichnerin des Pariser Friedens zuzulassen sei? Dieses Friede steht aber in keinem Zusammenhange mit dem gegenwärtigen Konflikt. Oder als Großmacht? Aber in einer Gerechtigkeitsfrage gebe es keine großen und kleinen Mächte. Der griechische Gesandte hätte die Befreiung, wenn die Konferenz seiner Vorstellung nicht willfahrt, nicht mehr vor derselben zu erscheinen. Nach diesen Erklärungen hätte sich Herr Rangabé zurückgezogen und die Konferenz hätte ihre Entscheidung auf die nächste Sitzung verlegt.“

— Aus Toulouse wird gemeldet, daß mehrere hundert Studenten den Baron Séguier gestern, als er nach Paris abreiste, nach dem Bahnhof geleiteten. Herr Séguier richtete an die jungen Leute eine Ansprache, in welcher er u. A. sagte:

„Ich bedaure, meine Herren, nicht Ihnen allen danken zu können; aber unvorhergesehene Umstände zwingen mich, abzureisen. Seien Sie gewiß, in mir stets den ehrlichen Mann und den stolzen und unabhängigen Gerichtsbeamten zu finden, welcher bereit ist, dem Rechte Achtung zu verschaffen. Indem ich meine Entlassung gab, glaubte ich übrigens nur meine Pflicht zu tun.“

Paris, 12. Jan. (Del.) Die „Agence Havas“ meldet: Die Konferenz wird heute Nachmittags 4 Uhr ihre zweite Sitzung abhalten. Wie versichert wird, sind die Mächte zur Weiterführung der Konferenz auch für den Fall entschlossen, daß Griechenland an seiner Forderung festhalten sollte.

Spanien.

Madrid, 8. Jan. Der Chef der Marinakommission in England ist angewiesen, bei W. Armstrong 20 Kanonen von 20 Centimeter für die Marine-Artillerie umarbeiten zu lassen, mit 100 Geschossen für jede, überhaupt sollen daselbst die nothwendigen Anschaffungen gemacht werden, weshalb ein Generalstabkapitän nach England abgesandt worden ist. — Die Einflüsse aus Marokko sind an das Haus Böll in London verpfändet worden, welches dafür 20 Mill. R. eingezahlt hat und weitere Zahlungen liefern will. — Aus New York vom 11. Januar wird telegraphisch gemeldet, daß nach Berichten aus Kuba der Generalgouverneur Dulce die Pressefreiheit proklamiert hat.

Madrid, 12. Jan. (Telegramm.) Die provisorische Regierung hat ein Manifest erlassen, in welchem es heißt: „Wir hoffen, daß die Wähler unsere Haltung billigen werden. Wir sind entschlossen, den Wahlkampf frei von allen unlautern Einflüssen zu halten. Die Regierung ruft zu ihrer Unterstützung den Patriotismus jedes Einzelnen auf. Die unerwartete Heftigkeit, mit welcher gewisse Ideen proklamiert wurden, verpflichtet

Munde, mit einem Buge von solzer Wildheit im Gesicht. Er stammt aus der historischen Familie der Rocafort von Lugo. Seine Erziehung und Bildung verdankt er hauptsächlich seiner Mutter, einer Frau von bedeutendem Charakter. Er hat ein einziges Kind, eine Tochter, die er vergöttert. Neben dieser verehrt er am meisten Bilder, von denen er eine wertvolle Sammlung besitzt. Er war ehemals Beamter auf dem Stadthause von Paris. Später arbeitete er am „Charvois“ mit, ohne indeß bei diesem für sein Talent den erwünschten Spielraum zu finden. Diesen bot ihm zuerst der „Figaro“, in dessen Spalten er politisch zu wirken begann. Sein Stil ist kurz, prägnant, schneidend. Als man sich über diesen einmal stritt, meinte jemand: „Was Rocafort schreibt, ist kein Stil, das ist ein Stile!“ Eine Probe aus der neuesten „Leterne“ mag dies beweisen:

Raum von Kompiègne zurückgekehrt, hat die ganze Familie, Gatte, Frau und Kind, der Königin von Spanien ihren Besuch in jenem Pavillon abgestattet, in dem sie von Mittags bis fünf Uhr Entthronungs-Lektionen erhielt.

Die Zusammenkunft war eine sehr traurige, sagt einer der Komiker von der Gruppe des „Konstitutionnel“; beide Kürstinnen waren tief ergriffen, und nach dreiviertelstündiger Unterredung umarmte die Kaiserin beim Abschied die Königin mit den Worten: „Lebe wohl, meine heure Freundein!“

Ich finde diese spanischen Verzweiflungsausbrüche reizend. Isabella hat einen beträchtlichen Theil ihrer Unterthanen hinter sich lassen, ohne die geringste Erregung zu verrathen. Wenn man ihr melde, daß Ortega oder irgend ein Anderer sein Dutzend Augeln soeben in den Leib bekommen hätte, antwortete sie mit stoischer Ruhe: „Wie wär's, wollten wir nicht im Freien frühstückt?“

Und als die Kaiserin von Frankreich hörte, daß ihr Benjamin Binard mit Zustimmung der anderen Minister den Garnisonen von Paris und Versailles Befehl gegeben hätte, ohne Gnade jeden niederzumageln, der Waffe mache, einen Immortellenkranz zu kaufen: da zeigte auch sie eine bemerkenswerthe Gemüthsruhe.

Sobald es aber um ihre Haut sich handelt, um ihren Thron oder auch nur um ihre Millionen, so umarmen diese stoischen Frauen sich einander mit fast ebenso reichlichen Thränen, wie sie selbst einst Andere haben vergießen lassen, ohne nur mit den Wimpern zu zucken.

Man kann sich gar nicht vorstellen, Welch reiche Schätze von Bedauern und Mitglied das sonst so eisige Herz einer solchen Dame für ihr eigenes Unglück, für das, was die Öffstätten „erhabenes Missgeschick“ nennen, verhindert. Erschließungen, Deportationen, ganze Familien, die ihrer Stütze beraubt, Mütter, die für immer von ihren Söhnen getrennt sind: all das ist nur kleines Missgeschick, und die Kaiserin empfindet deshalb kein Bedürfnis, irgend wem sich in die Arme zu werfen. Wenn doch die Herrschaften Männer und Frauen, ihre Gefühle — wie ein Missglück — ein wenig transponieren und für ihre Unterthanen nur die Hälfte der narrischen Bärtelichkeit haben wollten, die sie für sich selbst empfinden! Die Völker würden dann so glücklich sein, daß Niemand mehr Kaiser sein wollte, was übrigens das originellste Mittel wäre, zur Republik zu gelangen.

die Regierung, ihren eigenen Gedanken mit Energie einen erneuten Ausdruck zu geben. Die Regierung wünscht aufrichtig, daß die Vertreter der Nation einen Thron errichten, der umgeben von dem nothwendigen Glanze, mit solchen naturgemäßen Prerogativen ausgestattet werde, welche die Rivalitäten unmöglich und die Ordnung leicht machen und gleichzeitig die sichere, dauerhafte Säule unserer Freiheiten bilden.“

Der amtliche Bericht über die Vorfälle in Malaga giebt die Verluste der Armee auf 40 Todte und 174 Verwundete an.

Italien.

Florenz. Die „Gaz. di Torino“ vom 7. führt die zur Einberufung der beurlaubten Mannschaften und Offiziere ergangene Ordre des Kriegsministers auf die starken Truppenentwicklungen zurück, welche in Folge der Unruhen aus Anlaß der Einführung der Maßsteuer haben verfügt werden müssen; sie spricht sich sehr mißbilligend über das Militärregiment in Italien aus und erinnert an die Worte Cavour's: „Nein, nein, kein Belagerungszustand, man regiert Italien nicht mit einem Belagerungszustande.“ Auch das Genueser „Movimento“ bringt einen heftigen Artikel gegen das Militärregiment.

General Giudice, welcher bekanntlich in Spanien sich befindet, ist von seiner Regierung in Folge der Ereignisse, welche sich in Italien zugetragen, aufgefordert worden, schleunigst zurückzukehren.

Griechenland.

Der Correspondent der Londener „Times“ in Athen gibt in Bezug auf die Kapitulation Petropulakis' Einzelheiten an, deren Mangel man in griechenfreundlichen Kreisen bisher als einen indirekten Beweis dafür ansah, daß die Kapitulation nach der Behauptung eines griechischen Telegramms durch die Intrigen des französischen Konsuls und falsche Nachrichten hervorgerufen worden sei.

Ponidas Petropulakis, heißt es in dem Bericht, war bekanntlich mit 600 Mann in der Provinz Mylopotamo gelandet, während der alte Oberst, sein Vater, mit weiteren 300 Mann bei Hierapetra ans Land ging. Diese Mainotten waren nur mit Lebensmitteln für 5 Tage versehen und es war von vorn herein kaum wahrscheinlich, daß die erlöschenden Funken einer fehlgeschlagenen Erhebung durch eine derartige mangelhafte Vorräte verhindert werden würden. Die türkischen Truppen hinderten dieselbe denn auch, sich an Orten festzusetzen, wo sie Lebensmittel finden konnten. Die Christen flohen vor den Besiegern so gut wie die Türken und die Mainotten wurden durch den Hunger und den Feind von Ort zu Ort gehegt. Es wurde ihnen unmöglich nach den Schlachten des Ida zu gelangen und sie zogen an den zerklüfteten Abhängen von Agioi Vasilis entlang, bis sie der Verzweiflung nah die unzugänglichen Schlupfwinkel von Sparta erreichten. Allein die Sphakten konnten ihnen auch keine Lebensmittel geben und die türkischen Truppen umringten sie in dem Lager von Asylo, wo sie sich schließlich vor der See abgeschnitten und genötigt sahen die Waffen zu freien.

Amerika.

Über den Aufstand auf Kuba werden Telegramme in New Yorker Blättern vom 28. und 29. Dezember veröffentlicht, die sich sehr widersprechen. Die Regierung macht durch die Gazette bekannt, daß die Truppen nach der Schlacht bei Moron große Strychnin-Vorräte unter dem erbeuteten Gepäck der Aufständischen vorsanden, welche zur Vergiftung der spanischen Truppen bestimmt gewesen seien. Den amtlichen Angaben zu folge war der Sieg der Regierung in dieser Schlacht ein vollständiger; die Truppen verloren nur einen Todten und 8 Verwundete. Der Verlust der Aufständischen ist nicht bestimmt angegeben und nur gesagt, daß sie mehrere 100 Pferde verloren. Von der anderen Seite dagegen heißt es, daß die Truppen schwere Verluste erlitten, aber nicht die sämtlichen Waffen und Strychnin-Vorräte der Aufständischen wegnahmen. General Latorre bezog sich am 26. mit einer Truppenabteilung nach Santiago, nachdem am 18. daselbst schon 800 Flibustier gelandet sein

Die Regierung Napoleons III. ist eine wahre Rosenblüthezeit. Alle Tage entdeckt man neue Knospen, von deren Dafern die wütendsten Feinde nichts vermutet hätten. So erzählen jetzt die Zeitungen, daß neulich in einer Feuerkunst bei Frau Troplong zwei Gemälde aus dem Louvre ganzlich mitverbrannt seien.

Anfangs hat man gestaunt über die Hestigkeit dieses Feuers, das im Hotel des Senatspräsidenten, also in der Nähe des Palais Lüemburg ausgebrochen, dann ganz trocken über die Seine gegangen, bis in die Säle eines Gebäudes auf dem Place Saint-Germain-l'Auxerrois vorgebrungen und dort zwei Gemälde zerstört habe. Die letzten Nachrichten haben uns über das Größe des Feuers beruhigt, aber sie beunruhigen uns in hohem Grade über das Schicksal der Meisterwerke unserer Gemälde-Gallerie. Es scheint, als habe Frau Troplong sich zur Ausübung ihrer Privatwohnung vierzig Bilder im Louvre unter denen ausgesucht, die ihr am gelungen erschienen sind.

Frau Troplong ist offenbar eine vortreffliche Hausfrau; wenn sie Wittwe sein wird, empfiehlt sie allen sparsamen Witwen. Von den drei, bis vierhunderttausend Franks, die ihr Präsident von Gemahl jährlich einstellt, könnte sie Gemälde von Rubens in den Kunsthändlungen kaufen. Aber nein! sie hat ihre eigene Art, die Künste zu protegiren. Sie geht in den Louvre, trifft im großen Saal ihre Auswahl und ergänzt so allmählig ihre Sammlung, bis sie dieselbe — nächstens reif — zum Verkauf finden wird.

Das ist eine Entwendung von Gegenständen, die der Nation angehören, mit der es sich, bis auf einige kleine Unterschiede, ebenso verhält, wie mit jenem Medaillen-Diebstahl aus der Bibliothek. Unter Louis Philippe wurden Sammler dieser Art mit Galerienstrafe belegt. Unter Napoleon III. werden sie verurtheilt, an den Gesellschaften in Kompiègne Theil zu nehmen. Ich finde diese letztere Strafe härter.

Einer der ersten Gründe, welche die Gerichte hindern werden, die Frau des Senatspräsidenten in einer Strafanstalt Leistenschule verfertigen zu lassen, ist der, daß Napoleon III. dann selbst ihr Hand folgen müßte, weil er einen großen Theil der Sammlung, welche der berühmte Kunstsammler Sauvageot dem französischen Volke vermacht hatte, schlau bei Seite geschaft. Ich habe in meiner ersten Jugend das Glück gehabt, diesen großen Sammler zu kennen, und als er dem Louvre-Museum die Schätze schenkte, die er mit so feinem Kunstgeschmack angehäuft, half ich ihm selbst mehrere kostbarste Stücke an ihren Bestimmungsort bringen. Unter den wunderbaren Waffen, die darunter waren, hatte ich besonders ein Rüstschwert von unvergleichlichem Werthe bemerkert.

Auf dieses wirklich einzige Stück machte Sauvageot namentlich gern seine Landsleute aufmerksam. Aber ja doch! kaum waren sie im Louvre angelommen, als Napoleon sich auf diese kostbaren Waffen warf, grade als gehörten sie der Familie Orleans und sie in seine Höhle wegschleppte, wo sie jetzt einen Theil seines Privatmuseums ausmachen, so daß mir noch fürstlichemand, der in den Tuilleries Auftritt hat (bei unserem Handwerk muß man sich ja mit allem abgeben) sagte: Wenn Sie wünschen, will ich

sollen. Die Regierung — so heißt es — soll auf diesem Theile der Insel nur 1800 Mann Truppen haben, welche von 10,000 Aufständischen eingeschlossen sind. Die Tagelöhner haben nichts zu essen und müssen sich daher der Revolution anschließen. Die Behörden haben kein Geld und bezahlen Niemanden. Aus Manzanilla wird vom 20. Dezember gemeldet, daß die regulären Truppen, 600 Mann stark, von den Aufständischen eingeschlossen sind, daß es den Truppen an genügenden Lebensmitteln fehlt und die Cholera unter ihnen ausgebrochen ist. Die Kolonne Valmaseda's befand sich auf dem Marsche von Nuevitas nach dem Innern.

Vom Landtage.

31. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 12. Januar. Eröffnung um 10½ Uhr. — Am Ministerisch: v. d. Heydt.

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzes, betreffend die Abänderung der vorläufigen Verordnung wegen des Budenwesens im Großherzogthum Bremen vom 1. Juni 1833 r. hat sich heute konstituiert; Vorsteher Dr. Koch, Stellvertreter Eichmann, Schriftführer Struckmann, Stellvertreter Havenstein. — Der Besluß über die geschäftliche Behandlung des Hypotheken-Stempelgesetzes wird ausgelegt bis zur Erledigung des Hypotheken-Gesetzes; das Gesetz, betreffend die Erweiterung der Verwendungssweise des ehemaligen kurhessischen Staatschages wird einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern übertragen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz-Kommission über das Gesetz, betr. Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes über die künftige Behandlung der auf mehreren der neu erworbenen Landeshäfen haftenden Staatschulden vom 29. Februar 1868. Die Hauptbestimmungen lauten:

§. 1. Die Tilgung vormals hannoverscher Landes- und Eisenbahnschulden ist vom Jahre 1869 ab in der Art zu bewirken, daß die in jedem Jahre eingelösenden Schuldverschreibungen im Anfange des Monats Juni öffentlich ausgelöst, und die gezogenen Nummern zur öffentlichen Kenntnis gebracht und mit sechsmonatlicher Frist gefündigt werden. Nach Ablauf von sechs Monaten nach der Kündigung können die Inhaber der ausgelösten Schuldverschreibungen den Kapitalbetrag bei der Bezirks-Hauptfasse in Hannover baar in Empfang nehmen. Über diesen Termin hinaus werden unabgehobene Kapitalbeträge nicht weiter verzinst.

§. 2. Die Hauptverwaltung der Staatschulden ist ermächtigt, Staatschuldverschreibungen auf Namen, wenn der Eigentümer es beantragt, in solche, die auf den Inhaber lauten, umzuzeichnen.

§. 3 spricht von der durch die Provinzialbehörde zu vollziehenden Aufhebung der vor dem Gesetz geschehenen Einschreibungen.

§. 4 bestimmt den Modus der Vernichtung der amortisierten Staatschuldverschreibungen, §. 5 das Verfahren bei der Amortisation verlorener oder vernichteter Staatschuldverschreibungen.

Die Finanz-Kommission empfiehlt mit 12 gegen 5 Stimmen, das Gesetz unverändert anzunehmen.

Referent v. Dechend: Das Gesetz habe den Zweck, gewisse Unzuträglichkeiten und Härten, welche sich bei der Ausführung des Gesetzes vom 29. Februar v. J. über das Staatschuldenwesen in den neu erworbenen Provinzen herausgestellt, thunlich zu beseitigen. Der Schwerpunkt und Kern der Vorlage liegt im Alinea 1 des §. 1, wonach die Tilgung der vormalen hannoverschen Staats- und Eisenbahnschulden vom Jahre 1869 ab wieder, wie dies bis zum Jahre 1867 geschah, durch Auflösung zum Neuwert geschahen soll, während nach Erlass des Gesetzes vom 29. Februar 1868 von der Hauptverwaltung der Staatschulden zunächst der Versuch gemacht wurde, wie es hinsichtlich der altpreußischen Staatschuldverschreibungen geschieht, den Tilgungsbedarf mittels Ankauf unter pari zu beseitigen, und daß nur, soweit dies nicht gelingt, zur Auflösung geschritten wird. — Über diese Änderung des Tilgungsmodus seien aus der Provinz Hannover viele Klagen und Beschwerden laut geworden, indem die hannoverschen Staatsgläubiger behaupten, daß ihnen durch das Gesetz vom 30. Juni 1846 das Recht eingeräumt sei, daß die Tilgung der Staatschulden nur im Wege der Auflösung erfolgen dürfe. Die Maßregel der Staatschuldenverwaltung habe das Sintern des Kurses der Staatspapiere, also einen Vermögensverlust zur Folge. Diesen Beschwerden solle das vorliegende Gesetz abhelfen, das Referent aus Gründen der Billigkeit empfiehlt, zumal es eine groÙe finanzielle Bedeutung für den Staat nicht habe.

Abg. v. Lattorf gegen das Gesetz. Durch Annahme desselben würde sich das Haus ein testimonium paupertatis ausspielen, da dadurch ein vor kaum 10 Monaten beschlossenes Gesetz total ins Gegenteil umgedreht wird. Es sei durchaus zweckmäßig, auch bei den finanziellen Bestimmungen in allen Provinzen des Staates gleichmäßige Einrichtungen herzuführen,

Sie dieser Tage ins Schloß führen. Sie werden da die prachtvollen Waffen sehen, die der Kaiser gesammelt hat. — Ich kenne sie, antwortete ich. Er hat sie gesammelt, wie die Taschendiebe die Börsen.

* * *

Man hat mich oft beschuldigt, gegen Napoleon III. heftig böswillig und parteisch zu sein. Nun, so mag denn der Vorsteher sämtlicher Museen, Ritterterque, bei seinem prächtigen Barie schwören, daß der Raub, dessen ich Napoleon den Dritten beschuldige, das Resultat einer Verlängerung ist, und ich will morgen mit monatlich dreißig Franks als Mitarbeiter in den „Moniteur“ des Herrn Weitersheim eintreten.

Astronomische Mittheilungen.

Pater Sechi, der Director der Sternwarte des Coll. Rom., hat mit Anwendung des von Lockyer und Janssen angegebenen Verfahrens ebenfalls über die Umgebung der Lichtsäule der Sonne Untersuchungen mittels des Spektroscopes angefertigt. Unter höchst günstigen atmosphärischen Zuständen hat dieselbe sogleich bei dem Beginn seiner spektroskopischen Beobachtungen eine vom Sonnenrande getrennte rothe Protuberanz (flammenartige Hervorragung) und gleichzeitig eine sintillirende, d. h. in andauernd schnellem Wechsel erscheinende und verschwindende, Protuberanz erblickt. Die Erscheinung des Sintillirens hielt er anfangs für subjektive Täuschung, aber die von ihm zu Rate gelegten, im Observatorium beschäftigten vier Gehilfen machten sämtlich die gleiche Wahrnehmung. Bei seinen in dieser Richtung fortgesetzten Forschungen fand er, daß die hellen farbigen Linien in der Region der Sonnenflecken und Sonnenfackeln (also in der bis heiläufig 40 Grad nordwärts und südwärts vom Sonnenäquator reichenden Zone) deutend länger, etwa vier Mal so lang, als an andern Stellen der Sonne sich zeigen, daß mehrere farbige Linien, vornehmlich bei ihrer Abgrenzung an die schwarzen Linien sehr hell glänzend erscheinen, während daselbst die schwarzen Linien, eine Ab schwächung der schwarzen Färbung, einen Übergang in die helle Färbung erkennen lassen; daß in der Nähe des Sonnenrandes an diesen Stellen das Spektrum kontinuierlich, d. h. ohne schwarze Linien erblickt werde; ferner, daß zunächst um die Sonne eine Schicht rothen Gases mit sehr unregelmäßiger Umgrenzung lagere und daß in der Umgebung der Lichts

wie dies durch das Gesetz vom 29. Februar 1868 geschehen sei. — Nachdem Abg. Lauenstein für die Vorlage gesprochen, erhebt sich Finanzminister v. d. Heydt: Ich kann dem Abg. v. Lattorf darin nicht beitreten, daß das Haus sich mit der Annahme dieses Gesetzentwurfs dem Gesetz vom 29. Februar 1868 gegenüber ein testimonium pauperatis ausspielen würde. Als das Gesetz zur Verathung vorgelegt wurde, lag nichts vor, was zu verhindern schien, zu bestimmen, daß die Verwaltung der Staatschulden in den neuen Provinzen ebenso behandelt werden sollte, wie die in den älteren Provinzen. Es wurde unmittelbar hieran anknüpfend im § 3 ausdrücklich bestimmt, daß in den Rechten der resp. Staatsgläubiger im Betriff des Binsfusses und der Rückzahlung nichts geändert werden solle. Dieses Gesetz wurde berathen unter Mitwirkung der Herren Abgeordneten aus der Provinz Hannover und es ist damals von keiner Seite eine Einsprache erfolgt. Erst nachdem die Hauptverwaltung der Staatschulden, gefügt auf dieses Gesetz, den freiändigen Ankauf statt der Auslösung anordnete, sind Remonstrationen aus der Provinz Hannover eingegangen. Die Hauptverwaltung der Staatschulden glaubte nach gewissenhafter Erwägung ihre Anordnung aufrecht erhalten zu müssen; sie hielt sich nicht nur da berechtigt, sondern auch verpflichtet. Andererseits aber gab sich in der Provinz Hannover nach den Berichten der Provinzialbehörden in allen Klassen der Bevölkerung nicht nur Misstrauung, sondern das Gefühl eines Rechtsbruches kund, was in zahlreichen Petitionen allen Handelskammern und Vorstellungen fast aller Provinzialbehörden, vertreten durch den Oberpräsidenten, zur Kenntnis der Regierung gelangte. Die Regierung, die mit strukulöser Gewissenshaftigkeit darauf bedacht sein muß, allen Rechten der Staatsgläubiger zu genügen, konnte dieses Gefühl nicht gleichgültig sein. Auf der einen Seite war die Hauptverwaltung der Staatschulden unabhängig in ihren Anschauungen; auf der anderen war das Gefühl, daß den Rechten der Staatsgläubiger zu nahe getreten werde; der finanzielle Unterschied kam dabei gar nicht in Betracht und ich nehme nicht Anstand zu sagen, daß, wenn die Regierung selbst die Entscheidung gehabt hätte, sie sofort bereit gewesen sein würde, dem Wunsche der Staatsgläubiger nachzukommen, auch wenn die Rechtsfrage nicht ganz klar gelegen hätte. Nun, die Rechtsfrage wird verschieden beurtheilt; aber gerade aus dieser verschiedenen Beurtheilung hat die Regierung Veranlassung gefunden, der Landesvertretung ein Gesetz vorschlagen, welches den Zweck hat, dem Rechtsbruch und der Verstimmung ein Ende zu machen. Die Regierung hält die Sicht, daß das hohe Haus aus denselben Gründen dem Entwurf zu stimmen werde.

In der Spezialdiskussion erklärt zu § 1 Abg. v. Benda, daß er nur mit dem äußersten Widerstreben zur Annahme des vorliegenden Gesetzes gekommen sei. Dazu bewogen habe ihn nur die Rücksicht auf den preußischen Staatskredit; er wolle auch nicht den gerüngsten Schein erwecken, daß die Staatsgläubiger von der preußischen Regierung schlechter behandelt würden, als es von der früher hannöverschen Regierung geschehen sei. Ein jus quasitum hätten die hannöverschen Staatsgläubiger keineswegs, wie Abg. Lauenstein ausgeführt habe. — Das Gesetz wird darauf in seinen einzelnen Paragraphen und im Ganzen fast einstimmig angenommen und findet damit die benötigten Petitionen erledigt.

Es folgt die Schlussberatung über den Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Trauungssteuer im ehemaligen Kurfürstenthum Hessen. Abg. Gleim befürwortet die Annahme des Gesetzes unter Hinweis auf die Unvereinbarkeit der Abgabe mit den Grundsätzen einer gerechten Steuer-Gesetzgebung. Zwischen dem Alte der Trauung und der Bestimmung der Landkrankenhäuser, zu deren Gunsten die Steuer erhoben werde, sei nicht der geringste Zusammenhang; die Absicht, zur Errichtung spezieller Zwecke Mittel zu gewinnen, könne aber einen rationalen Grund nicht abgeben. Alte mit einer Abgabe zu belegen, die zu soischen Zwecken in keiner Beziehung stehen. Ueberdies sei der Ertrag nur unbedeutend, für 1868 nur 2193 Thlr. Endlich sieht die aufzuhemmende Verordnung, welche die Vollziehung der Entscheidung von der vorherigen Errichtung der Abgabe abhängig mache, im Widerspruch mit der Tendenz des Bundesgesetzes über die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Geschlechtung vom 4. Mai v. J., wenngleich diese Vorchrift durch das legtere Gesetz nicht ausdrücklich aufgehoben sei. Aus der Liebespflicht, am Trauungstage der Kranken zu gedenken, dürfe man keine Zwangspflicht machen, und die Unmöglichkeit des Eintritts in den Chestand nicht mit einer Steuer belegen. — Die Vorlage wird im Eingang und Gange ohne Diskussion genehmigt.

Es folgt die Schlussberatung über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Änderung der Bestimmung der Vormünder-Verordnung für das Herzogthum Schleswig vom 19. März 1742 über das Honorar der Vormünder. Der § 2 bestimmt, daß die Behörden den Vormündern, welche nicht zu den zur Übernahme der Vormundschaft zunächst verpflichteten Verwandten gehören, auf ihren Antrag aus den überschließenden freien Einkünften ihrer Mündel eine billige, nach dem Vermögen derselben und der mit der Vormundschaft verbundenen Mühe zu bestimmende jährliche Vergütung zu gewähren haben, während die frühere Bestimmung eine Entschädigung festsetzte, welche häufig die Interessen und das Vermögen der Mündel schädigte. Referent Dr. Francke beantragt, dem Gesetz nach dem Beispiel des Herrenhauses die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen, was ohne Debatte einstimmig geschieht.

Aldann referiert Abg. Struckmann über den Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein. Er weist auf die anerkannten Nachtheile der Geschlechtsvormundschaft als einer leeren Form ohne jede prakti-

erschien dasselbe Anfangs sehr hell und man fand deutlich im Spektrum rote, gelbe, blaue und grüne Linien. Die Häufigkeit der Sternschuppen nahm bei der Morgendämmerung noch zu, so daß wohl das Maximum erst später eingetreten sein mag. Während der Dämmerung erschienen die noch sichtbaren sehr kleinen Meteore als dem Beobachter sehr nahe, und während der Nacht die vorherrschende Färbung der Meteore grün war, zeigte sich zu dieser Zeit dieselbe in Roth.

Zu tiefer einbrechenden Forschungen mittelst des Spektroskopes sind sehr detaillierte Spektarkarten erforderlich. Die jetzt vornehmlich benutzten sind die Karten von Frauenhofer und von Kirchhoff. Es erstreckten sich aber dieselben in Betracht der feinen Linien nur von A bis G. In neuester Zeit nun haben Ångström (in Upsala) und Thalen einen Normalatlas des Sonnen-Spektrums (in 6 Karten), gefügt auf während 5 Jahren ausgeführte Messungen, gefertigt und eine Abhandlung über die Orter der Metalllinien nach den Wellenlängen beigelegt. Diese Karten geben auch die feinen Linien im Violet von G bis H detailliert. Außerdem erhielten dieselben eine wesentliche Vervollständigung durch die Angabe der Lintenorter nach den (unveränderlichen) Wellenlängen der Farben in Bezugsnüchtern eines Millimeters, nicht (wie dies bisher geschah) nach den (mit dem Wechsel des Prismas sich verändernden) Dispersionsabständen. Diese absolute feste Ortsbestimmung der Spektallinien wird es ermöglichen (nach der Theorie von Bizeau), das Vorhandensein und die Größe der Bewegungen auch der entferntesten Gestirne zu erkennen, ohne dazu der Parallel-Längenmessungen zu bedürfen. Die geringste Veränderung in der Lage der Spektallinien des Gestirns wird dadurch bemerkbar, diese nun zeigt die veränderten Wellenlängen (den Farbenwechsel), und so erkennt man die dem Lichtquell eigene Bewegung und Bewegungsgröße.

Dr. A. Drechsler im „Dr. I.“

Die Negerrepublik Liberia.

Aus London, 4. Januar, schreibt man der „Frankfurter Zeitung“: Zu einer Zeit, wo es sich darum handelt, ob Spanien die errungene Freiheit der Selbstregierung bewahren oder sich einem fürstlichen Hause für die Zukunft wieder als Erbstück verschreiben soll, mag es wohl erlaubt sein, hie und da einen Blick auf ein „dunkles Volk“ zu werfen, aus welchem ein politisches Licht aufblüht.

Dieser Tags eingeladen, der Sitzung des „Diskussionsclubs“ der Londoner Hochschule beizutreten, wo unter den Studenten die Frage verhandelt werden sollte: „Ist die Republik oder die konstitutionelle Monarchie für Spanien wünschenswert?“ fand ich beim Eintritt in den Saal, daß die zwei Haupt sprecher — für und wider — nicht Europäer, sondern Asiaten waren, beide Pariser oder Geueranbeter aus Indien. Von gelblich-braunem Antlitz, schon vollbartig, doch im Körperbau eher zart, bildeten sie einen scharfen Gegensatz zu den hellen Engländern. Der eine dieser dunklen Söhne Asiens, der die konstitutionelle Monarchie für Spanien empfahl, hat dies augenscheinlich „wider Minerva's Willen“; er sprach nicht aus Überzeugung. Ich hörte später, daß der Regel des Klubs zufolge die Aufgabe, die

sche Bedeutung hin. Die Tendenz der neueren Gesetzgebung gehe dahin, sie zu beseitigen und in ganz Preußen besthebe sie nur noch gewohnheitsrechtlich in Hannover und Schleswig-Holstein, ohne jedoch auch hier konsequent durchgeführt zu sein. Das Gesetz wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Schlussberatung über den Gesetzentwurf wegen Einführung fürzerer Verjährungsfristen für Schleswig-Holstein. Die Verordnung vom 6. Juli 1845 wegen Einführung fürzerer Verjährungsfristen für die Landeshälfte, wo noch gemeinsches Recht gilt, soll auch für Schleswig-Holstein vom 31. Dezember 1868 an in Kraft treten. Ref. Dr. Haniel empfiehlt die Annahme des Gesetzes, aber als Einführungstermin den 31. Dezember 1869, da der ursprünglich bestimmte bereits verstrichen ist.

Der Justizminister Leonhardt ist mit dieser Aenderung einverstanden. Abg. Augler wünscht eine ähnliche Vorlage für Frankfurt am Main, welche der Justizminister, der den Bericht des Frankfurter Appellationsgerichts erst in diesen Tagen erhalten hat, vielleicht noch für diese Session zusagt. Das Gesetz wird hierauf mit dem Amendement Haniels angenommen.

Bu demselben beantragt Abg. Dr. Bähr (Kassel) die folgende Resolution: Die Regierung aufzufordern: gleichzeitig mit der Publikation des Gesetzes „wegen Einführung fürzerer Verjährungsfristen für die Provinz Schleswig-Holstein“, die darin in Bezug genommene altpreußische Verordnung vom 6. Juli 1845 in der Provinz Schleswig-Holstein ordnungsmäßig zu publizieren. — Der Antragsteller beschwert sich über die unvollkommene Art und Weise der Publikation altpreußischer Gesetze in den neuen Landeshälfte. Zur ordnungsmäßigen Publikation gehöre es, den Wortlaut der in Kraft tretenden Gesetze selbst anzuführen, nicht aber Bezug zu nehmen auf außerhalb ihrer selbst liegenden Bestimmungen. Was würde man zu einem Gesetz sagen, welches lautete: „Für das Königreich Preußen treten die und die Paraphras des sächsischen Stadtrechts in Kraft“ oder bei Einführung freier Advoatur: „Für das Königreich Preußen sind die in dem Buche des Herrn Gneiß ausgesprochenen Grundsätze maßgebend.“ Eine solche Art, durch wenige Zeilen diese Gesetzbücher einzuführen, erschwert ebenso das Studium, wie die Handhabung der Gesetze.

Justizminister Leonhardt will auf die angeregte Prinzipienfrage nicht eingehen, hofft aber, das Haus werde sich ebenso wie das Herrenhaus mit der Erklärung der Regierung begnügen, daß für die Publikation der Verordnung vom 6. Juli 1845 in der Provinz Schleswig-Holstein ausreichend gesorgt werden wird. — Abg. Dr. Bähr zieht in Folge dieser Erklärung einen Antrag zurück, der jedoch vom Abg. Francke aufrecht erhalten wird. Derselbe fragt den Minister, in welcher Weise die Publikation erfolgen werde. — Justizminister Leonhardt: In derjenigen Form, welche der Bedeutung des Gesetzes entspricht, in erster Linie also durch die Amtsblätter. — Abg. Francke läßt hierauf den Antrag gleichfalls fallen. (Hinterter.)

Es folgt die Vorberatung des Gesetzes, betreffend die Uebereignung der Dotationsfonds der Hilfskassen an die provinzial- und kommunalständischen Verbände der acht älteren Provinzen. — Das Gesetz lautet:

S. 1. Die den provinzial- und kommunalständischen Verbänden der acht älteren Provinzen der Monarchie zur Errichtung von Hülfskassen auf Grund der königlichen Verordnung vom 7. April 1847 und des Abschlusses an zum Vereinigten Landtage verfaßten Stände vom 24. Juli des selben Jahres zinsfrei gewährten Bonds von zusammen zwei Millionen Thalern in Staatschuldsscheinen und fünfthalbhunderttausend Thalern baar werden, unter Aufhebung des bei der Gewährung der Bonds gemachten Vorbehalt wegen Zurückziehung derselben bei nicht statutenmäßiger Verwendung oder nach erfolgtem Anwachsen derselben auf das Doppelte, diesen Verbänden als ein ihnen gehöriges und von ihnen zu verwaltendes Vermögen überwiesen.

S. 2. Den Vertretungen der provinzial- und kommunalständischen Verbände steht zu gemeinnützigen Zwecken im Interesse dieser Verbände die freie Verfügung über den gesammelten Zinsgewinn der Hilfskassen, sowie über die den ursprünglichen Dotationsfonds hinzugewachsenen Kapitalbestände zu, während die ursprünglichen Dotationsfonds selbst als Kapitalbestände zu erhalten sind.

Abg. v. Hoverbeck hat dazu folgendes Amendement gestellt:

1) Statt der letzten Zeile des S. 1 zu sagen: „den betreffenden Provinzen gehöriges und einstweilen bis zur geleglichen Einführung der in der Verfassung vorgesehenen Provinzialvertretung, von den genannten Verbänden zu verwaltendes Vermögen überwiesen.“

2) S. 2 folgendermaßen zu fassen: „bis dahin steht den Vertretungen der provinzial- und kommunalständischen Verbände zu gemeinnützigen Zwecken im Interesse der Provinz die freie Verfügung über den gesammelten Zinsgewinn der Hilfskassen zu, während die Dotationsfonds selbst als Kapitalbestände zu erhalten sind.“

In der General-Debatte spricht Abg. v. Kardorff für das Gesetz. Er sieht nicht die Befürchtung, daß eine so geringfügige Erweiterung der Kompetenz der gegenwärtig bestehenden Provinzialvertretung die von allen Seiten so feindselig erwartete Reorganisation derselben verzögern werde; im Gegen teil, er hofft, daß dieselbe die Unhaltbarkeit der bisherigen Provinzialverfassung noch mehr ans Licht ziehen werde. Es würden schon zur besseren Geschäftsführung verschiedene Verbesserungen im Geschäftsgange gemacht werden müssen, wie z. B. die regelmäßige Einberufung der Stände. — Das Gesetz müsse schon deshalb angenommen werden, weil man jedes Stück, das man zu Gunsten der Selbstverwaltung der Bürokratie abgewinnen könnte, mit Freuden akzeptieren müsse. Das Gesetz mache den Anfang damit, auch den alten Provinzen gewisse Zweige der Verwaltung zur Selbstverwaltung

zu überweisen, die durch den Provinzialfonds der Provinz Hannover bereits eingeräumt sind. Er spricht den Wunsch aus, daß die Regierung bald eine Vorlage bringen möge, wodurch die Webgebauten der Provinzen zur Selbstverwaltung überwiesen werden — Er empfiehlt das Gesetz als „kleine Abstagszahlung“ zur unveränderten Annahme.

Abg. v. Hoverbeck (gegen die Vorlage eingeschrieben) wird für die selbe stimmen, wenn sein Amendement angenommen wird. Durch Vergabe der Kompetenzen, durch Buneisung von Vermögen werde man die provinzialständischen Verbände nicht länger am Leben erhalten. Man möge deshalb die Fonds nach seinem Amendement nicht den Verbänden, sondern den Provinzen überwiesen werden und die Verwendung der Binsen nur provisorisch den Verbänden überlassen.

Reg.-Kommissar Persius: Die Staatsregierung ist nicht in der Lage, dem Amendement Hoverbeck zuzustimmen, das in dreierlei Beziehungen die Vorschläge der Regierung abändert; 1) darin, daß die Fonds als Eigentum nicht den kommunalständischen Verbänden, sondern den Provinzen überwiesen werden sollen, 2) daß bis zum Erlös einer neuen Provinzialverfassung die Disposition und Verwaltung nur insofern den provinzialständischen Verbänden überwiesen werden sollen, daß dieselben nur über die Binsen von dem bisher angehäuften Kapital, nicht aber über denjenigen Theil des Kapitals verfügen sollen, der sich über das Gründungskapital hinaus angehäuft hat; 3) daß die durch die Reform der Provinzialverfassung herbeizuführende Provinzialvertretung später sogar auch über das ursprüngliche Gründungskapital verfügen soll. — Die ersten beiden vom Abg. v. Hoverbeck beantragten Aenderungen wären doch nur dann gerechtfertigt, wenn nachgewiesen würde, daß die bisher bestehende Provinzialvertretung von ihrem Dispositionsbereich keinen angemessenen Gebrauch gemacht hätte. Es ist doch aber gerade das Gegenteil der Fall. Außerdem bedenkt aber ist die dritte Aenderung, daß die künftige Provinzialvertretung auch über den ursprünglichen Dotationsfond verfügen soll. Die Staatsregierung ist der Ansicht, daß dieser seinem ursprünglichen statutären Zweck erhalten bleiben muß. — Die Regierung bitte deshalb, das Gesetz unverändert anzunehmen.

Abg. Graf Schwerin empfiehlt die Amendements v. Hoverbeck. Von kommunalständischen Verbänden werde wohl künftig nicht mehr die Rede sein, und sollte man aus Zweckmäßigkeitsrücksicht Unterverbände der Provinz schaffen, so habe man später immer noch in der Hand, diesen etwaigen Rechte über das Vermögen zu übertragen. Die jetzige Provinzialvertretung sei als eine Abnormalität von allen Seiten anerkannt, es bedürfe also nicht des Nachweises, daß ein Mißbrauch seitens derselben zu befürchten, sondern nur, daß die Interessen der Provinz nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend vertreten seien. Dies werde von Niemand bestritten, es sei also billig, daß man das Vermögen aufspare für eine wirkliche Provinzial-Vertretung.

Abg. Graf Eulenburg: Wenn der Abg. Schwerin selbst zugiebt, daß später der Fall eintreten kann, kommunalständischen Unterverbänden die Rechte wieder zu übertragen, welche ihnen das Hoverbeck'sche Amendement vorenthalten will, so sehe ich nicht ein, zu welchem Zwecke wir jetzt die gesetzliche Aenderung der bestehenden Verhältnisse beschließen sollen, um dieselben möglicherweise später wieder umzustellen. Ein stichhaltiger Grund liegt überdies in keiner Weise vor; die Befürchtung eines Mißbrauchs wird nicht behauptet werden können; die Verwaltung ist bisher stets in zweckentsprechender Weise geführt worden; Niemand wird dies leugnen wollen, wenn Ihnen auch die Zusammensetzung nicht gefällt. Ueberdies ist zu befürchten, daß an dem Amendement das ganze Gesetz scheitert, ich bitte Sie also im Interesse des Zustandekommens derselben, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Abg. Vasker: Das Amendement ist bestimmt, bei einer späteren Regulirung der Provinzialstände ein Hinderniß zu beseitigen, welches möglicherweise daraus hergeleitet werden könnte, daß man auf Grund des vorliegenden Gesetzes privatrechtliche Ansprüche zu Gunsten der gegenwärtigen Stände erhöhe. Oft genug hat man unsern Gesetzen Interpretationen gegeben, an die wir bei der Beratung gar nicht gedacht und durch die wir nachträglich zu Schaden gekommen sind, daß wir endlich durch Schaden flug werden könnten. So lange die gegenwärtigen Stände noch bestehen, wollen wir ihnen auch die Verwaltung anvertrauen; dem Einwand aber müssen wir entgegentreten, daß das übertragene Eigentum bei einer späteren Regulirung diesen Ständen verbleiben müsse. Die Drohung, daß die Regulirung nicht zu Stande kommen werde, darf unsere Abstimmung nicht beeinflussen; es würde diese Essentialität nur die Unmöglichkeit konstatiren, sich mit den anderen Faktoren auch über zweckmäßige divergieren.

In der Spezialdebatte bemerkt v. Kardorff zu S. 1, daß er keineswegs das Amendement habe bekämpfen wollen, er werde nur dagegen stimmen, weil er das Gesetz auch ohne Amendement für besser halte, als das Scheitern des Gesetzes in Folge des Amendements. — Beide Ss der Vorlage werden mit den Amendements von Hoverbeck's angenommen (dafür stimmen auch die Freikonservativen, dagegen die Rechte Windthorst [Meyer]). Demgemäß muß die Überschrift des Gesetzes geändert werden; diese redaktionelle Korrektur, die Abg. v. Hoverbeck ver sucht hat, soll bei der Schlussberatung nachgeholt werden. (Schluß folgt).

In der Spezialdebatte bemerkt v. Kardorff zu S. 1, daß er keineswegs das Amendement habe bekämpfen wollen, er werde nur dagegen stimmen, weil er das Gesetz auch ohne Amendement für besser halte, als das Scheitern des Gesetzes in Folge des Amendements. — Beide Ss der Vorlage werden mit den Amendements von Hoverbeck's angenommen (dafür stimmen auch die Freikonservativen, dagegen die Rechte Windthorst [Meyer]). Demgemäß muß die Überschrift des Gesetzes geändert werden; diese redaktionelle Korrektur, die Abg. v. Hoverbeck ver sucht hat, soll bei der Schlussberatung nachgeholt werden.

Nachdem Liberia eine Anzahl Jahre hindurch von dem amerikanischen Ansiedlungsvereine verwaltet worden war, erfolgte endlich die Trennung und die Gründung eines unabhängigen Freistaates. Die seitherige Geschichte desselben beweist, daß die vier ursprünglichen Hauptzwecke vollständig erreicht worden sind; denn noch wandern freie Neger aus den Vereinigten Staaten nach Liberia aus, die Fähigkeit der Selbstregierung entwickelt sich unter den Schwarzen immer mehr, dem Sklavenhandel ist an dieser 600 englische Meilen langen Küste entschieden Einhalt gethan und die Bildung schreitet unter den Einwohnern fort.

Mehr als zweitausend Slaven — so heißtet der ehemalige Präsident der Liberia Republik in seinem Vortrage zu Newyork mit — sind aus Slavenschiffen befreit und, in den Berufszweigen eines zivilisierten Lebens unterrichtet, zu tüchtigen Bürgern gemacht worden. Die Häftlinge und hervorragender Männer der benachbarten Stämme schiden gern ihre Kinder nach Liberia, um ihnen dort Unterricht zu Theil werden zu lassen. Hunderte solcher Kinder wohnen im Lande unter ihren gebildeten schwarzen Brüdern. Da aber die Kosten der Unterhaltung und Erziehung dieser hoffnungsvollen Jugendjugend nicht von den armen Wilden, ihren Vätern, bestritten werden können, so hat der Freistaat allerdings eine schwere Last auf den Einwohnern von Amerika hoffen.

Die Bevölkerung von Liberia, die in deutschen statistischen Werken irgendwährl auf 40.000 angegeben ist, beträgt zufolge Herrn Roberts gegenwärtig etwa 600.000, wovon 15—18.000 amerikanische Neger sind. In Bezug auf das Stimmrecht hat man die nach Lage der Verhältnisse ganz richtig Anordnung getroffen, daß dasselbe von den Schwarzen amerikanischen Ursprungs, die gute Republikaner sind, und von denjenigen Eingeborenen ausgeübt wird, welche während drei Jahren civilisierte Gewohnheiten angenommen und bewahrt haben. Der gegenwärtige Präsident des Freistaates, Mr. Payne, stammt, wie aus dem „Lexington Statesman“, einer Kentuckyerzeitung, zu erscheinen, väterlicher- und mütterlicherseits von Sklaven ab. Schon in früher Jugend siedelte er nach Afrika über, wurde in der Abtei von Monrovia, der Hauptstadt von Liberia, erzogen und wird als ein kenntnisreicher Mann geschildert, der gut über Volkswirtschaft geschrieben hat.

Wenn man so sieht, wie Neger,

Lokales und Provinziales.

Posen, 13. Jan. Wie uns aus guter Quelle mitgetheilt wird, ist mittelst gemeinschaftlichen Rescripts der betreffenden Regierungminister der geistlichen u. Angelegenheiten sowie des Intern vom 7. d. Mts. genehmigt worden, daß denjenigen Wittwen und Waisenfamilien, welche in den Jahren 1866 bis einschließlich 1868 zum Pensionsbezug aus der Lehrer-Wittwen- und Waisenkasse des hiesigen Regierungsbezirks berechtigt waren, auf die Dauer der Berechtigung innerhalb dieser Zeit ein Pensionsnachschuß von jährlich fünf Thlern. in Form einer Dividende aus den Ueberschüssen gezahlt und der Pensionsatz vom 1. Januar d. J. ab vorläufig bis zum Ende des Jahres 1872 auf jährlich achtzehn Thaler erhöht werde. Die Zahlungs-Anweisungen werden unverzüglich erfolgen und nächstens den Belehrten die betreffende Benachrichtigung zugehen.

Znowraclaw, 10. Jan. Vor gestern Nachmittag ist der auf dem hiesigen Markt befindliche alte Thurm eingestürzt und zwar so, daß drei Wände desselben stehen geblieben sind. Zum Glück befand sich Niemand in der Nähe desselben, als der Sturz erfolgte. Es ist aber jetzt Alles in den größten Angst und Aufregung, da jeden Augenblick der Nachsturz der drei übrigen Wände zu befürchten steht.

Volkswirthschaftliches.

Ackerbau.

Auslesen und Abwesenklassen der Kartoffeln. Bekanntlich ist es sehr empfehlenswerth, die Kartoffeln so aufzubewahren, daß sie vor dem Einbringen in den Boden nicht keimen, denn die vorher gebildeten Keime, die auf Kosten des Knolleninhalts entstanden, brechen, in den Boden gebracht, ab, und es bilden sich dann Ausschläge, die die sogenannte Krautwurzel beginnen. Die zur Aussaat bestimmten Kartoffeln durch Abwesenklassen vor dem Keimen zu schützen, ist ein allgemein bekanntes Verfahren. Da gleichwohl noch viele Landwirthe weniger aus Unkenntnis als vielmehr der größeren Bequemlichkeit halber, die Saatkartoffeln nicht rechtzeitig (im Februar und März) aussäen, um sie abzuhalten zu lassen, so dürften die Resultate des folgenden Versuches für gar Männer nicht ohne Aufmunterung bleiben, dem Gegenstande mehr Sorgfalt zuwenden. Wir ließen Mitte März einen Theil der von unseren Zweckkartoffeln zum Segen bestimmten Knollen auf eine aus Latten angefertigte, an der Decke des Kellers befestigte Hord bringt. Hier blieben dieselben etwa 1/2 Fuß dick aufeinander geschichtet, bis zum Tage des Segens liegen. Die Schale war weißlich geworden und die Augen zeigten keine Spur von Trieben. Da wir indessen mit diesen Kartoffeln auf dem betreffenden Feld nicht ausreichten, so waren wir genötigt, von derselben Sorte, die noch auf dem Haufen lagen und gefestigt waren, weitere Segkartoffeln zu nehmen. Bei der Ernte ergab es sich nun, daß die vorher nicht abgewählten aber geheimten Kartoffeln einem um ein Drittel geringeren Ertrag lieferten, als diejenigen, die wir längere Zeit vor dem Segen auf Horden hatten lagern lassen.

Einsatz des Järens und Behadens auf Rüben. Einer der früher an der landwirtschaftlichen Lehramt in Worms studirenden Landwirthe schreibt uns: Um den Einsatz des Järens und Behadens auf Rüben festzustellen, habe ich auf einem mit Rüben bestandenen Gelde 5 Kästner der aus Kernen erzeugten Rüben weder jätzen noch behaden lassen. Im Durchschnitte erntete ich auf jeder gesetzten und behakt wordenem Kästter 24 Pfund Rüben (im Preise von 2 Sgr.) mehr als auf einer nicht gesetzten und behakteten Kästter. Wenn ich den Jäten- und Haderlohn per Kästter zu 4 Pfennigen berechne, so hatte ich in Folge des Järens und Behadens auf dem Morgen von 400 Kästtern einen Nutzen von 22 Thalern. Nun ist aber auch der Weizen, mit welchem das Feld im vorigen Herbst behakt wurde, auf den nicht behakt worden 5 Kästtern sehr weit zurück gegangen, auf dem behakt wordenem Theile. Die Lehre, die aus diesem Versuch folgt, ist zwar eine alte und allgemein bekannte; allein denjenigen, welche während des Järens und Behadens gewissenlose Arbeiter ohne Aufsicht lassen, so daß der Boden wohl nur eine oberflächliche Lockerung und Säuberung erfährt, dürfen hierdurch doch aufs Neue die Augen geöffnet werden.

Röhe und gekochte Kartoffeln. Wir haben jüngsthin vergleichende Versuche über die Fütterung mit rohen und gekochten Kartoffeln bei Melkvieh anstellen lassen, und uns überzeugt, daß 100 Pfund Kartoffeln im rohen Zustande (gestochen) gefüllt, im Durchschnitte 2 Maaf Milch mehr erzeugen, als 100 Pfund derselben Kartoffelleise, in gekochtem Zustande gefüllt, zu produzieren vermögen. Diese 2 Maaf mehr haben auch entsprechend mehr Käsestoff gehabt; allein 10 Maaf Milch von der Fütterung mit gekochten Kartoffeln liefern gerade so viel Butter, als 12 Maaf, welche von der Fütterung mit rohen Kartoffeln genommen worden waren.

Düngung des Untergrundes für Obstbäume. Eine Reihe alter Obstbäume, so berichtet Ed. Lucas, steht auf dem Areal unseres Instituts; diese hatten im Buchs namhaft nachgelassen und lieferten auch nur mittelmäßige Erträge. Im Sommer 1863, wo sie ziemlich trugen, ließ ich sie Anfangs August mit flüssigem Dünger in der Art düngen, daß je 2 Löcher 3-4 vom Stamme entfernt rechts und links etwa von 1 1/2. Diese aufgraben und in jedes etwa 2 Gießkanlen voll Dünger einschütten und dann die Gruben wieder zufüllen ließ und der Erfolg ist ein ganz wunderbarer. Dieses Jahr trugen sämtliche Bäume sehr reich, und gelang zugleich durch neue schöne Leitzeuge, daß ein neues Leben in derselben gelommen ist. Ende Juli wurde dieselbe Düngung wiederholt und die Früchte hatten dadurch, trotz der Dürre, die wir längere Zeit hatten, eine hohe Vollkommenheit, wie sonst nur in normalen Jahrgängen erlangt, und hingen sehr fest, so daß es nur wenig Fallobst gab. Am deutlichsten zeigten aber die Pyramiden den Erfolg dieser Düngung. Daß diese Düngung, wie manche glauben möchten, auf den Wohlgefallen der Früchte einen nachtheiligen Einfluß hätte, ließ sich in keiner Weise bei den jetzt gereiften Sorten wahrnehmen.

Höfen.

Nürnberg, 9. Januar. Der heutige Geschäftsvorkehr war ziemlich beschränkt, die Ausfuhr kaum 100 Ballen. Käufer suchten bei flauer Stimmlung die Preise zu drücken, was ihnen in Exportware theilweise auch gelingt. Die meisten Abschlüsse lauten zu 17 1/2-18 Fl., seltener zu 19-22 Fl. Spalt verkaufte vor gestern nach längerer Geschäftsruhe einige Ballen zu 110-115 Fl.

Bermischtes.

* **Berlin.** In der Apotheker Göhnschen Untersuchung sollen die Prozeßosten sich auf mehrere tausend Thaler belaufen. Es liegt hier einer der wenigen Fälle vor, in welchen die Untersuchungskosten aus dem Vermögen des Verurtheilten gedeckt werden können. Nach der preußischen Kri-

minal-Statistik sind von 100 Angeklagten durchschnittlich noch nicht fünf in der Lage, die Kosten zu zahlen; diese fallen fast ohne Ausnahme dem Kriminal-Exzess zur Last.

* In Berliner militärischen Kreisen macht der "Post" zufolge ein Ereignis von gewiß sel tener Art viel von sich reden. Es werden nämlich seit dem Weihnachtsfest zwei Offiziere der hiesigen Garnison, v. R. und M., vermisst, deren Verbleib noch bis jetzt unerklärlich geblieben ist. Beide gehörten als Sekonde-Lieutenants der Feld-Artillerie an, hatten den Feldzug von 1866 mitgekämpft, nach dessen Beendigung sie zu ihrer jetzigen Charge befördert wurden. Seit Oktober v. J. befanden sie sich abkommandiert auf einer hiesigen Militär-Bildungs-Anstalt.

* Der Afrika-Reisende Rohlf ist in Tripolis eingetroffen. Wegen Mangels einer direkten Gelegenheit über Malta mußte derselbe seine Reise dorthin auf einem Umwege machen. Er begab sich von Marseille zunächst nach Tunis und dann über Malta nach Tripolis. Hier traf er den früheren Diener des verstorbenen Reisenden v. Beurmann. Mit diesem wollte er die von Sr. Maj. dem Könige für den Sultan von Bornu bestimmten Geschenke an den Ossadsee senden, mußte sich aber nach einer anderen Gelegenheit umsehen. Auf die telegraphisch nach Berlin gerichtete Anfrage: Ob er die Geschenke einem anderen von ihm aufgefundenen Ueberbringer anvertrauen dürfe, ist ihm von hier aus eine behahende Antwort ertheilt worden.

* **Pr. Stargardt**, 11. Januar. Wie vorauszusehen war, hat der Ruf "Julius", den der Reisende gehört, in unsere Nordgeschichte Licht gebracht. Der Staatsanwalt Löwe sah schon gestern Abend viele Hände in der Hand zu haben, denn heute Morgen ließ er sich den Leiburkern des Ermordeten, Julius Michalsky, holen. Derselbe hatte eine zerstörte Hand und gab vor, sich geschlagen zu haben, ohne jedoch angeben zu können, mit wem. Mittlerweile hatte der Wurstfabrikant Krebsmer in der Wittlowstr. Wohnung die Bodenräume durchsucht und ein verstektes Bündel blutiger Kleider gefunden. Die Händsärmel sind nicht nur mit Blut bespritzt, sondern bis zur Hälfte völlig in Blut getaucht und natürlich noch ganz naß. Der aufgefundenen Dolch war freilich vom Blute gereinigt, jedoch nicht so, daß der Staatsanwalt nicht noch in den Fugen die Spuren frischen Blutes entdecken konnte. So war denn sein Zweck, der Mörder war entdeckt, zumal da er sich selber als Eigentümer der ihm vorgezeigten Sachen bekannte, wenngleich er auch noch leugnet, die That vollbracht zu haben. Nachher fand man auch die nassen Strümpfe, denn auf Strümpfen war er später hinüber gegangen, um das Feuer anzulegen. So weit waren die Entdeckungen zur Mittagszeit. Da fand man in dem Bett des Tischlersburschen bei Dettmers (Wittlowstr. wohnt im Dettmerschen Hause) die blutige Mütze des Julius Michalsky, auch ein blutgetränktes Tuch. Der Tischlersbursche selber war Sonntag früh zu seinen Eltern nach Bobau gelaufen. Derselbe ist schnell eingeholt und erweist sich mit seiner argverlegten Hand als der zweite Mörder. Das aber diese beiden nur Werkzeuge anderer Hand gewesen sein müssen, will jedem einleuchten. Man bezeichnet auch ziemlich laut eine Person als solche — doch will ich der Entwicklung nicht voreilen. (Brg. Stg.)

* **Niel**, 9. Jan. Auf der Werft der Norddeutschen Schiffbau-Aktien-Gesellschaft herrscht derzeit eine besondere Thätigkeit. Die Gesellschaft baut gleichzeitig 3 eiserne Dampfschiffe, einen großen Dampfbagger und 6 eiserne Prähne. Die ersten sind 2 Schraubenschiffe von resp. 550 und 125 Tons Gehalt, für Rostocker und englische Rechnung und 1 Räderschiff von 100 Tons, für die Weser bestimmt. Der Bagger von 400 Tons und die Prähne à 54 Tons werden im Auftrage des k. Marine-Ministeriums erbaut. (G. N.)

* Die "Ess. Stg." sieht einen für das versicherungsbedürftige Publikum interessanten und lehrreichen Vorgang mit. Ein vor einiger Zeit verstorbenen Gutsbesitzer hatte bei der Feuerversicherungs-Gesellschaft "Adler" in Berlin sein Inventar versichert. Das Gut, jetzt der hinterlassenen Witwe des Versicherten gehörig, brannte kürlich ab und die Gesellschaft hätte in Folge dessen 2200 Thlr. Schadensatz zu leisten gehabt. Sie weigerte sich jedoch eine Entschädigung zu bezahlen und lautet ihr Schreiben wörtlich folgendermaßen: "An die Erben des Johann Overath, gen. Hafe, zu Händen der Witwe Overath, Franziska geb. Kohl zu Frohnhausen bei Ess. In Ihrer Braudschaden-Angelegenheit zeigen wir Ihnen hiermit an, daß wir keine Verpflichtung haben, Ihnen den liquidirten Entschädigungsbetrag zu bezahlen. Sie haben uns keine Anzeige davon gemacht, daß Ihr Erblasser, welcher allein bei uns versichert war, verstorben ist, noch haben wir die Übertragung der Versicherung auf Sie genehmigt; somit existierte zur Zeit des Brandes nach Maßgabe des § 6 unserer allgemeinen Versicherungsbedingungen nicht mehr das zwischen uns und Ihrem Erblasser bestandene Versicherungsverhältnis und wir müssen Sie deshalb mit Ihren Ansprüchen, wie hiermit geschieht, abweisen. Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft für Deutschland, Adler". Der Direktor. In dessen Bevollmächtigung: "Döring". Die "Ess. Stg." bemerkt hierzu: "Nach dem angeführten § 6 der Versicherungsbedingungen des "Adler" ruht allerdings, wenn ein Wechsel im Eigenthum der versicherten Gegenstände stattfindet, die Verbindlichkeit der Gesellschaft aus dem Versicherungsvertrage bis dahin, wo sie, nachdem ihr der betreffende Umstand bekannt geworden ist, sich zur Wiederaufnahme der Verbindlichkeit bereit erklärt hat. Daß diese Bedingung, abweichend von dem Verfahren der meisten übrigen Feuerver sicherungs-Gesellschaften auch auf einen Eigentumswechsel in Erbschaftsfällen angewendet werden könne, wird sicherlich sehr selten von den Versicherten angenommen, und deshalb übergeben wir diesen Fall zu Nutz und Frommen der Versicherten der Gesellschaft "Adler" hiermit der Deffentlichkeit.

* Die "Pr. Lit. 8." bringt einen ausführlichen Bericht über eine blutige Begegnung von Schmugglern mit Grenzföldaten, und zwar auf der zweiten Linie Schwedonen. Vier Schmuggler sind verwundet und gefangen genommen, 5 Schlitzen mit Waaren und 13 Fässer Spiritus erbeutet worden. Die königl. Staatsanwaltschaft hat die gerichtliche Untersuchung gegen die auf preußischem Gebiete befindlichen Teilnehmer an der Affäre eingeleitet und durch den diesseitigen Grenzkommisarius ist ein gemeinschaftliches Vorgehen mit den russischen Untersuchungsbeamten herbeigeführt worden.

* Das Jahr 1868 war für die Entwicklung des Schiene netzes im Gebiete des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen ein ungemein günstiges. Es wurden nämlich 222,12 Meilen neue Bahnstrecken dem Verkehr übergeben, gegen 172,12 Meilen im Jahre 1867, 155,64 Meilen im Jahre 1866, 151,12 Meilen im Jahre 1865 und 58,5 Meilen im J. 1864.

Von den im vorigen Jahre eröffneten 212,12 Meilen kommen 97,450 Meilen auf Österreich, 64,103 Meilen auf Norddeutschland, 22,11 Meilen auf Süddeutschland und 28,5 Meilen auf niederländische Bahnen. Die eröffneten größeren Strecken sind folgende, in Preußen Breslau-Bossowka (Ostpreußische Oderwerbahn) mit 16,02 Meilen und Rastenburg-Lyck (Ostpreußische Südbahn) mit 10,2 Meilen; in Österreich Budweis-Pilsen mit 17,12, Bilcud-St. Michael mit 23,00 und Arad-Karlsburg mit 27,5 Meilen. — In der Rheinprovinz wurden 1868 neu eröffnet: a) die Strecken der Rheinischen Eisenbahngesellschaft Essen-Wattenscheid, Kempen-Venlo und Kall-Söthenich mit zusammen 4,10 Meilen; b) die Strecken der Bergisch-Märkischen Gesell.

* **SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG.** Die Kaufleute Wollstein aus Gräf. und Hirch, Sauljohann, Birker und Spiro aus Buc.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Rittergutsbesitzer Normann aus Garby, Beuther aus Golencin, Valentini aus Henriettenhof bei Pr. Glatz, Graf Bolkonski aus Niechanowo, Baron v. Winterfeld und Lüdke aus M. Goslin, v. Jagow aus Uchorowo, v. Tschepke aus Brodniewo, Kreisrichter Krug und Frau aus Rogasen, Landrat Glaser und Frau aus Schröda, Lieutenant Guderian aus Breslau, Gerichts-Assessor Schimmelpennig aus Brandenburg a. H., Student Pfeilenhauer aus Jena, die Kaufleute Auerbach aus Petersburg, Vogler aus Breslau, Tobias aus Berlin, Steiner aus Mainz, Koch aus Paris, Lepel aus Berlin, Lüdke aus Leipzig, J. H. Erler aus Frankfurt a. M., Bim aus Prag, Meyerstein aus Pforzheim, Leichtenberg aus Köln, Galenstein aus Stettin.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Adler aus Berlin, Cohn aus Peißen, Neissner aus Stettin, Mandel aus Elbing, Kolowietz aus Königsberg, die Ingenieure Busse aus Straßburg und Wendel aus Mainz.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Gebr. Hepner aus Schrimm, Motte aus Bronke, Kohn aus Peißen und Kunzler Arr-Hee und Familie aus China.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer v. Szeliński aus Chociecia, v. Szabolci aus Gr. Blawat, Burghardt aus Gortatow, Frau Sommerfeld aus Konin, die Kaufleute Adermann aus Breslau, Lehmann aus Lomnitz, Wolf aus Schröda und Pfarrer Weidner aus Schulz.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Fabrikbesitzer Paulisch aus Landsberg, Gutsbesitzer Bitter aus Kleve, die Landwirthe Sarrazin aus Barenholz, Sarrazin aus Saufe, der Rittergutsbesitzer Mülulowski aus Kotlin und Chelkowski aus Wilcza.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Kaufleute Wollstein aus Gräf. und Hirch, Sauljohann, Birker und Spiro aus Buc.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Rittergutsbesitzer Frau v. Treskow aus Dwins, Generalbevollmächtigter Ludwig und Frau aus Welsa, Bankier Witkowski und die Kaufleute Türk, Jacoby und Reinwaldt aus Berlin, Voite aus Weißwasser, Wintelmann aus Potsdam, Strauss aus Frankfurt a. M., Fuchs aus Köln, Neumark aus Triest und Dr. Traube aus Freiburg.

OKHIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Gutsbesitzer Kompe aus Dworzysko, Gürler und Kaufmann Freudenheim aus Berlin.

HOTEL DE PARIS. Rentier Ehart aus Berlin und Gutsbesitzer Budziszewski aus Lajazek.

HOTEL DU NORD. Lieutenant v. Bahrzewski aus Golin, Rittergutsbesitzer v. Bichlinski und Frau aus Unia, Stefan Szczypolski aus Dusznik.

GOLDENER ADLER. Die Kaufleute Wolff aus Schröda, Kraft aus Mitzkow, Frau Liphner und Tochter aus Kieczewo, Frau Bryse und Tochter aus Konin.

SCHWARZER ADLER. Kreisphysikus Dr. Monski aus Schröda, Rittergutsbesitzer Frau v. Gareczynska und Familie aus Wengorzevo, Gutsbesitzer v. Staczynski aus Polozynica, Gutsbesitzer Jachimowicz aus Grodzisko.

KRUG'S HOTEL. Die Handelsleute Hirschfeld, Krotoschin, Schapski und Kaufmann Baer aus Buc, die Zimmermeister Fischer aus Mieseritz und Höre aus Böllighau.

Die zum Nachlaß des verstorbenen Abram Boas gehörigen, auf 954 Thlr. 15 Sgr. und resp. 789 Thlr. 20 Sgr. taxirten Grundstücke Kurnik Nr. 106, f. 107, sollen im Ter-

mine 23. Februar 1869, Nachmittags 3 Uhr,

vor der Gerichtstags-Kommission in Kurnik im Wege der freiwilligen Subhastation verkaufst werden.

Käufer werden dazu eingeladen.

Schrimm, den 26. November 1868.

Königliches Kreisgericht.

Zweite Abtheilung.

Konkurs-Eröffnung.
Königliches Kreisgericht zu Posen.
Posen, den 12. Januar 1869,
Nachmittags 5 Uhr.

Über das Vermögen des Kaufmanns
Constantin Orlowski zu Posen, in Firma
Orlowski & Comp. ist der Kaufmännische
Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungs-
einführung auf den 5. Januar 1869 fest-
gesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Massen ist
der Kaufmann Hugo Gerstel zu Posen be-
stellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners wer-
den aufgesondert, in dem

auf den 25. Januar d. J.,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler,
im Gerichtszimmer Nr. 13 anberaumten Ter-

mine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas

nachwollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 13. Februar c. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Prototyp anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals auf den 27. Februar d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

</

Bekanntmachung,
betreffend die Meldung der Militärpflichtigen zur Eintragung in die Militär-Stammrollen.

Alle militärpflichtigen jungen Männer in Posen werden auf Grund der Gesetze hierdurch aufgefordert, in den Tagen vom 15. bis 31. Januar 1869, Vormittags 8 bis 11 Uhr, nachmittags 4 bis 6 Uhr, bei dem Polizeikommissarius des Reviers, in welchem sie wohnen, persönlich zur Eintragung in die Stammrolle sich zu melden.

Pflicht zur Meldung sind:

1. Alle im Jahre 1849 Geborenen, die also im Jahre 1869 ihr 20. Lebensjahr erreichen.
2. Alle älteren Militärpflichtigen im 21. bis 25. Lebensjahr, also in den Jahren 1848, 1847, 1846, 1845, 1844 Geborene, die bei früheren Musterungen:
 - a) dienstlich befunden, aber nicht eingestellt sind,
 - b) als zeitig untüchtig zurückgestellt sind.
3. Alle bei früheren Musterungen aus irgend einem Grunde übergangenen.

Alle diese Militärpflichtigen sind zur Meldung verpflichtet — ohne Unterschied, ob sie hier geboren sind oder nicht.

Eltern oder Vormünder, deren Söhne oder Mündel der Stadt Posen angehören, aber zur Zeit abwesend sind, haben die Meldung für diese zu bewirken.

Befreiung von der Meldung ist nur:
1. wer die Berechtigung zum 1-jährigen freiwilligen Militärdienst nachgesucht und erhalten hat,
2) wer von der Departements-Ersatz-Kommission für ganz dienstfähig erklärt und ausgemustert ist.

Meldatteste. Bei der Meldung ist anzugeben und durch Atteste nachzuweisen:

- a) Name, Geburtstag, Stand, Wohnung des Militärpflichtigen;
- b) Name, Stand und Wohnung der Eltern oder Vormünder;
- c) etwaige frühere Gestellungen vor einer Ersatzkommission.

Der Polizeikommissarius erteilt jedem Melddenden einen Meldechein, der als Ausweis über die richtige Meldung aufzubewahren ist.

Reklamation. Wer Befreiung vom Militärdienst wegen häuslicher Verhältnisse beansprucht, hat dieses bei der Meldung anzuzeigen und die zur Rechtfertigung nötigen Beweise beizubringen. Auf Reklamationen, die zu spät angebracht oder unvollständig sind, kann nicht gerücksichtigt werden. (§ 78 Militär-Ersatz-Instruktion.)

Folgen der Nichtmeldung. Wer zur Meldung verpflichtet ist und dieselbe verabsaumt, wird laut Verordnung der Königlichen Regierung vom 15. Dezember 1859 und § 176 der Militär-Ersatz-Instruktion mit Geldbuße bis 10 Thlr. oder Gefängnis bis 8 Tagen bestraft.

Besondere Vorladungen zur Meldung erfordern nicht. Niemand kann sich mit dem Einwande schützen, daß er nicht vorgeladen oder daß die Aufruforderung ihm unbekannt geblieben sei.

Posen, den 8. Januar 1869.

Königliche Polizei-Direktion.

Strom.

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreisgericht zu Schrimm.

Erste Abtheilung.

Schrimm, den 14. Dezember 1868.
Das in dem Dörfe Robakowo sub Nr. 12. belegene, dem Wirth Franz Sobkowiak und seiner früheren Ehefrau Margaretha Sobkowiak geb. Körz gehörige Grundstück, abgeschägt auf 6696 Thlr. 20 Sgr. aufgrund der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage, soll theilungshalber

am 20. Juli 1869,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Pleschen;

Erste Abtheilung.

Pleschen, den 21. November 1868.

Gehörend dem Gutsbesitzer Johann v. Brodowski gehörigen Realitäten, als:
1) das adelige Gut Ordzin, abgeschägt auf 14,135 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf. und
2) das von Ordzin aus bewirtschaftete Grundstück Jankow Nr. 20., genannt Pietruska-Mühle, abgeschägt auf 2793 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf. zu folge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage, sollen

am 23. Juni 1869,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Subhastationsgericht zu melden.

Die ihrem Aufenthaltsort nach unbekannten Real-Interessenten Christian und Beate Jaromischschen Cholewa, früher in Peterschule Mühle, und Casimir August Schenck, sowie der Besitzer Johann v. Brodowski, früher in Ordzin, werden zum Liquidationstermin hiermit öffentlich vorgeladen.

Ogłoszenie,
tyczające się zameldowania popisowych celem zapisania ich w wojskowych listach rodowodowych.

Wszyscy do służby wojskowej obowiązani młodzi ludzie w Poznaniu wzywają się niniejszym na mocy praw, aby się w czasie od 15. bis 31. Januari 1869, Vormittags 8 bis 11 Uhr, Nachmittags 4 bis 6 Uhr, bei dem Polizeikommissarius des Reviers, in welchem sie wohnen, personally zur Eintragung in die Stammrolle sich zu melden.

Pflicht zur Meldung sind:

1. Alle im Jahre 1849 Geborenen, die also im Jahre 1869 ihr 20. Lebensjahr erreichen.
2. Alle älteren Militärpflichtigen im 21. bis 25. Lebensjahr, also in den Jahren 1848, 1847, 1846, 1845, 1844 Geborene, die bei früheren Musterungen:
 - a) dienstlich befunden, aber nicht eingestellt sind,
 - b) als zeitig untüchtig zurückgestellt sind.
3. Alle bei früheren Musterungen aus irgend einem Grunde übergangenen.

Alle diese Militärpflichtigen sind zur Meldung verpflichtet — ohne Unterschied, ob sie hier geboren sind oder nicht.

Eltern oder Vormünder, deren Söhne oder Mündel der Stadt Posen angehören, aber zur Zeit abwesend sind, haben die Meldung für diese zu bewirken.

Befreiung von der Meldung ist nur:

1. wer die Berechtigung zum 1-jährigen freiwilligen Militärdienst nachgesucht und erhalten hat,
- 2) wer von der Departements-Ersatz-Kommission für ganz dienstfähig erklärt und ausgemustert ist.

Meldatteste. Bei der Meldung ist anzugeben und durch Atteste nachzuweisen:

- a) Name, Geburtstag, Stand, Wohnung des Militärpflichtigen;
- b) Name, Stand und Wohnung der Eltern oder Vormünder;
- c) etwaige frühere Gestellungen vor einer Ersatzkommission.

Der Polizeikommissarius erteilt jedem Melddenden einen Meldechein, der als Ausweis über die richtige Meldung aufzubewahren ist.

Reklamation. Wer Befreiung vom Militärdienst wegen häuslicher Verhältnisse beansprucht, hat dieses bei der Meldung anzuzeigen und die zur Rechtfertigung nötigen Beweise beizubringen. Auf Reklamationen, die zu spät angebracht oder unvollständig sind, kann nicht gerücksichtigt werden. (§ 78 Militär-Ersatz-Instruktion.)

Folgen der Nichtmeldung. Wer zur Meldung verpflichtet ist und dieselbe verabsaumt, wird laut Verordnung der Königlichen Regierung vom 15. Dezember 1859 und § 176 der Militär-Ersatz-Instruktion mit Geldbuße bis 10 Thlr. oder Gefängnis bis 8 Tagen bestraft.

Besondere Vorladungen zur Meldung erfordern nicht. Niemand kann sich mit dem Einwande schützen, daß er nicht vorgeladen oder daß die Aufruforderung ihm unbekannt geblieben sei.

Posen, den 8. Januar 1869.

Königliche Polizei-Direktion.

Strom.

Sprzedaż konieczna.

Król. sąd powiatowy w Śremie.

Wydział pierwszy.

Śrem, dnia 14. Grudnia 1868.

Grunt w Robakowie pod Nr. 12. położony, do gospodarza Franciszka Sobkowiaka i żony jego Małgorzaty z domu Kóreza należący, oszczędzany na 6696 tal. 20 sgr. wedle taksy, mogącej być przeprząznej wraz z wykazem hipoteczny i warunkami w registraturze, ma byc

dnia 20. Lipca 1869,
przedpol. o godzinie 11,

w miejscu zwykłym posiedzeniu sądowych sprzedany.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Pleschen,

I. Abtheilung.

Pleschen, den 12. September 1868.

Das dem Rittergutsbesitzer Felicja v. Jarunowskiego gehörige Rittergut Miniszewo, wozu das Dorf Ingówek gehört und wozu 21 Morgen 26 □ Acren zugeschrieben sind und dessen Areal 1655 1/4 Mrg. beträgt, abgeschägt auf 65,670 Thlr. 14 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 19. April 1869,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Subhastationsgericht zu melden.

Kauf-Gesuch.

Ein Landwirt wünscht sich in Niederschlesien, Oberherrschaft oder der Provinz Posen anzufliehen und ersucht Besitzer, welche ein Rittergut von ca. 1000 Morgen Bogenboden veräußern wollen, genaue Anschläge und Bedingungen sub **3616** an die Annonce Expedition von **Rudolph Mosse** in Berlin gelangen zu lassen.

Das Freigut Oświecka

Nr. 1., im Kreise Mogilno, circa 2 Meilen von der Gerichtsstadt Trzemeszno entfernt, (ca. 450 Morgen inkl. 120 Morgen vorjährlicher Weien), tarift auf ca. 19,000 Thlr., wird in kürzester Frist am Gerichtsort **Trzemeszno sub hasta verkauf** werden. Es scheint hier Gelegenheit vorhanden, mit geringen Mitteln eine vortheilhafte Erwerbung zu machen.

Vielfache Aufträge aus dem In- und Auslande veranlassen mich, Besitzer mittl. u. grosser Güter, die zu Verkauf oder Verpachtung geneigt, zu ersuchen, mir günstig ihre gefälligen Aufträge baldigst zugehen zu lassen. — Der Gutsbes. u. Kr.-Taxator

Hoppe in Bromberg

Den Herren Grundbesitzern empfiehlt sich zur Aufnahme von Kauf-, Tausch-, Pacht- und Wechs.-Verträgen gegen eine Provision von 1/2 Prozent. Justizrat **Heber**, Magazinstraße 14.



Meine familiären Mutterschafe,
Mer.-Kammwollrace,

190 Stück, beauftragt ich mit oder ohne Lämmer bei Abnahme n. d. Schur zu verkaufen. Durchschnittsgewicht der Heerde 3 1/2 Pfund per Kopf. Die Besitzung ist n. v. vor. Anmeldung zu jeder Zeit gestattet, und außerdem Herr Schafzüchter **Thilo Anciam** gern bereit, nähere Auskunft zu ertheilen.

Seehof bei Negenwalde (Eisenbahnstation Labes). **Hingst.**



Wegen Vergrößerung meiner Stammherde die ich die Absicht, den letzten Theil meiner Zuchtherde — die Elite derselben — zu verkaufen und nach der Schur abzugeben. — Es sind diese:

340 Mutterschafe,
460 Hammel,
140 Kambouillet-Lämmer.

Die Heerde kann täglich bestigt werden. **Alt-Bannigroß**, den 10. Januar 1869.

Max Bertram.

Färbererei à Nesson, wie neu!

Bei Annahme von Gegenständen zum Färben, Waschen, Drucken ic. für die weitverbreitete Kunst Seiden-Färbererei & französische Waschanstalt von **B. Wolfenstein** in Berlin empfiehlt sich die Agentur von

L. Kleitschhoff, Krämerstr. 1.

Ausverkauf

verschiedener Marmorgegenstände, direkt aus Florenz, findet auf eine kurze Zeit im **Bazar** statt.

Die Ausstellung enthält: Vasen, Schalen, Urnen, Schreib- u. Nipp-Sachen, Mosaikstücke, Platten ic. kunstvoller Arbeit.

Unter Fabrikpreisen

sollen die vorhandenen bedeutenden Bestände von alten abgelagerten, vorzüglich schönen Cigarren, Rauchtabaken und Cigaretten verschiedener Sorten, wegen Aufgabe meines Detailgeschäfts gegen baare Zahlung in kleinen und grösseren Posten geräumt werden.

Isidor Cohn,

Cigarren-Import-Lager. Berlinerstr. 11.

Chemisches Attest und wissenschaftliches Gutachten.

über das

Anatherin - Mundwasser

des Herrn Zahnarzt

Dr. J. G. Popp in Wien.

Durch die wiederholte und vielseitige Prüfung der Gesundheits- und Toilettenmittel werden deren Vorzüge und gute Eigenschaften immer genauer erforscht und auf unparteiische Weise festgestellt, so dass alsdann das Publikum den fortgesetzten, ausgedehnten und unbedenklichsten Gebrauch davon machen kann. Obgleich daher das berühmte **Anatherin-Mundwasser des Herrn Dr. Popp in Wien**, Stadt. Bognergasse Nr. 2, schon längst als ein Präparat von ganz vorzüglichen Eigenschaften bekannt ist, so habe ich doch dasselbe auch einer gründlichen wissenschaftlichen, analytisch-chemischen, pharmacologischen und technisch-physiologischen Prüfung unterworfen, um dadurch ein wiederholtes kompetentes und fachwissenschaftliches Urtheil und Gutachten zu gewinnen. Als Resultat dieser Prüfung hat sich demzufolge herausgestellt, dass dieses Anatherin-Mundwasser aus höchst vorzüglichen Kräuterstoffen zusammengesetzt ist, und zwar nur aus solchen, welche nach den wissenschaftlichen Beobachtungen und Erfahrungen aller Zeiten bei Mund- und Zahnliden aller Art von der ausgezeichneten Heilsamkeit und Wirksamkeit, in keiner Beziehung aber für die Gesundheit jemals schädlich und nachtheilig sind. Es muss somit anerkannt werden, dass der grosse Ruf, den dieses Anatherin-Mundwasser bereits längst besitzt, ein vollkommen begründeter ist, und dass dasselbe um seiner vorzüglichen Eigenschaften willen ganz allgemein und bestens zu empfehlen ist, was ich, auf Grund der von mir damit vorgenommenen wissenschaftlichen Prüfung der Wahrheit gemäß hierdurch bestätigte und durch meines Namens Unterschrift und Siegel bescheinige und beglaube.

Berlin, 16. November 1868.

Dr. Hess, approbierter Apotheker und Chemiker I. Klasse; wissenschaftlicher Unterucher und Sachverständiger für medicinische, pharmaceutische, technische chemische und Gesundheits

GROSSE PREIS-ERMAESSIGUNG.
LIEBIG'S FLEISCH-EXTRACT
DER LIEBIG'S FLEISCH-EXTRACT COMPAGNIE, LONDON.
 Nur echt, wenn jeder Topf mit Unterschrift der Herren Baron J. von LIEBIG und Dr. M. von PETTENKOFER versehen.
 DETAIL-PREISE FUER GANZ DEUTSCHLAND.
 1 engl. Pf.-Topf 1/2 engl. Pf.-Topf 1/4 engl. Pf.-Topf 1/8 engl. Pf.-Topf
 à Thlr. 3, 5 Sgr. à Thlr. 1, 20 Sgr. à 27½ Sgr. à 15 Sgr.
 Zu haben in allen Handlungen und Apotheken.

Gen.-Depôt in Posen Elsner's Apotheke.

Haupt-Depôt in Posen Dr. Mankiewicz, Apotheker.

Niederlage in Posen bei W.F. Meyer & Co., Wilhelmsplatz 2.

Pecco Bouquet à Pfund 6 Thaler,

Victoria Flor 4

Sophia 2

Souhong Congo 1

Staubabfall etwas vorräthig.

J. N. Piotrowski,

(Hôtel du Nord.)

Mühlenstraße 19, ist ein fein möblirtes Zimmer vom 1. Februar ab, zu vermieten.

Das Nähere daselbst beim Birth.

Schützenstr. 4, im Hause, 1 Treppe rechts, sind Schlafzimmern zu vermieten. Dasselbst wird auch Wäsche sauber gewaschen.

Eine herrschaftliche Wohnung nebst Pferdestall und Remise — auch ohne diese — ist sofort zu vermieten. Näheres bei

Monheimer, Auktions-Kommiss.

Mühlenstr. 19 ist eine Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern, Küche, Speisekammer, sofort zu vermieten und zu bezahlen. Das Nähere daselbst beim Birth.

Ein ruhiger Büdnerwohner wird gesucht Gar-

tenstraße 16 beim Dachdecker Kocinski.

Bergstraße 8, soll 1) zum 1. April c. ein Laden, sich zu jedem Geschäft eignend, eingetragen werden, 2) ist daselbst eine helle Keller- Wohnung, 4 Piecen, zu vermieten.

Neuestraße 5 ist ein Keller, aus 3 Piecen bestehend, zu vermieten.

Z. Zadek & Co.

Eine Wein-Grosshandlung ersten Ranges in Hamburg sucht in Posen einen gewandten Agenten, um den Verkauf an Private zu vermitteln.

Kenntniss des Wein-Geschäfts wünschenswerth, durchaus beste Referenzen erforderlich.

Reflectanten belieben ihre Adresse

sub U. L. 416. franco an die Herren

Haasenstein & Vogler in

Hamburg einzusenden.

Es wird ein evangel. Hauslehrer, welcher

der polnischen Sprache mächtig, musikalisch ist und gute Bezeugnisse besitzt auf Land gesucht.

Briefliche Meldungen werden fr. erbeten unter A. B. Czempin poste restante.

Ein im Polizeifache geübter Bureau-

hilfe, der deutschen und polnischen Sprache

mächtig, findet sofort ein dauerndes Unter-

kommen bei dem königl. Distrikts-Kommissarius

in Opatow, Kreis Schildberg. Gehalt bei

freier Station 100 Thaler.

2 bis 3 wichtige, im Bauwesen bewanderte

Klempner-Gesellen

finden bei gutem Lohn sofort dauernde Be-

schäftigung.

Emil Kroh,

Klempnermeister in Kosten.

Verlosungen.

Prämien-Anleihe der Stadt Neapel:

erste Verloshung am 9. Januar c.

100,000 Francs auf Nr. 25,341.

2000 Fr. auf Nr. 131,750.

à 1000 Fr. auf Nr. 121,780, 141,921.

à 500 Fr. auf Nr. 53,357, 65,112, 103,176.

à 250 Fr. auf Nr. 164, 9,482, 40,989, 42,283, 50,810, 58,296

59,902, 85,441, 99,711, 100,480, 106,463, 116,459, 160,338'.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 13. Januar 1869. (Wolf's telegr. Bureau.)

Roggen, behauptet.

Januar 52½

April Mai 51

Mai-Juni 51½

Kanalliste: nicht gemeldet.

Rüböl, fest.

laufender Monat 9 11/24

Frühjahr 9 17/24

Spiritus, fester.

laufender Monat 15 ½

April-Mai 15 ½

Juni-Juli 16 ½

Kanalliste: nicht gemeldet.

Stettin, den 13. Januar 1869. (Mareuse & Maas.)

Weizen, unverändert.

Januar 69

Frühjahr 69 ½

Mai-Juni 70

Roggen, fest.

Januar 52

Frühjahr 51 ½

Mai-Juni 52 ½

Börsen zu Posen

am 13. Januar 1869.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbr. 84 ½ Br., do. Rentenbriefe 86 ½

Gd., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen

zu allen in dies Fach einschlagenden gewöhnlichen und feinen Arbeiten, als: Adress- und Visitenkarten, Rechnungen, Quittungen, Circulaires, Wechseln, Anweisungen, Frachtbriefen, Etiquettes ic. bestens zu empfehlen und verichern durch prompte billige Bedienung und geschmackvolle Ausführung uns das Vertrauen des geehrten Publikums erhalten zu wollen.

Wir erlauben uns hiermit unsere

Lithographische Anstalt und Steindruckerei

zu allen in dies Fach einschlagenden gewöhnlichen und feinen Arbeiten, als: Adress- und Visitenkarten, Rechnungen, Quittungen, Circulaires, Wechseln, Anweisungen, Frachtbriefen, Etiquettes ic. bestens zu empfehlen und verichern durch prompte billige Bedienung und geschmackvolle Ausführung uns das Vertrauen des geehrten Publikums erhalten zu wollen.

Posen, im Januar 1869.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.

Alle Besitzer von Meyers Konversations-Lexikon, 2. Aufl.,

werden auf den soeben vollendeten Register- und Supplement-Band (Preis 2 Thlr.) aufmerksam gemacht, welcher alle wichtigen Ergänzungen, Bemerkungen und Nachträge enthält, die das Werk auf den gegenwärtigen Stand der Kenntniß erheben. Jede Buchhandlung ist in Stand gesetzt, den Register-Band in demjenigen Einband zu liefern, in dem das Hauptwerk ausgegeben worden ist.

Das Bibliographische Institut in Hildburghausen.

Für das in unserem Verlage jeden Sonnabend erscheinende

Kreisblatt für den Landkreis Posen

werden Inserate in unserer Expedition bis Freitag früh 11 Uhr, auswärts in unseren Annonen-Annahme-Bureaux bis Donnerstag Abend entgegengenommen und mit 2 Sgr. die gespaltene Zeile berechnet.

Ganz besonders dürfte sich dasselbe zu Veröffentlichungen empfehlen, die für das landwirtschaftliche Publikum von Interesse sind, worauf wir die Geschäftswelt aufmerksam zu machen uns erlauben.

W. Decker & Co.

Die Übungen des Allgemeinen Männer-Gesang-Vereins finden Donnerstag den 14. d. statt.

Der Vorstand.

Die heute früh 3/4 Uhr erfolgte glückliche Enthüllung meiner lieben Frau von einem fröhlichen Tochterchen beeindruckt mich ergebenst anzugezeigen.

A. Müller, Schuhmeister.

Donnerstag den 13. Jan.: Heydemann und Sohn. Lebensbild mit Gesang in 7 Bildern von Hugo Müller.

Saison-Theater.

Freitag den 14. Jan.: 1) Vorlese, oder: Ein Berliner im Schwarzwald. Schwanz mit Gesang in 1 Akt von J. Ch. Wagenseil.

2) Die Gefangen der Ezzaro. Lustspiel in 2 Akten frei nach Bayard. — 3) Zum ersten Male: Mein Trompeter für immer! Singpiel-Burleske in 1 Akt von Th. Hauptner. — Anfang 7 Uhr.

Stadttheater in Posen.

Mittwoch den 12. Jan.: Die regeleiteten Studenten. Lustspiel in 4 Aufzügen von R. Benedix.

Donnerstag den 13. Jan.: Heydemann und Sohn. Lebensbild mit Gesang in 7 Bildern von Hugo Müller.

Schweidnitzer Keller.

Volksgarten-Saal.

Heute Mittwoch den 13. Jan.

erste große Vorstellung

der Chinesen

Mr. M. Arr-See,

Er-Toun

und See-Tsu

mit ihrer Gesellschaft

Mlle. Louise Ganelle (la fille de l'air), Mr. Henry Rollande (champion équilibriste américain), Mr. Chaumon Ganelle und den drei Brüdern Eugen, Michel und Louis Pasqualini.

Preise der Plätze:

Sperr 10 Sgr. Parterre und Ballon 5 Sgr.

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Das Rauchen ist nicht gestattet. Ebenso dürfen Hunde nicht in das Lokal gebracht werden.

Passe-Partout sind ungültig.

Morgen Vorstellung. Emil Tauber.

Lamberts Salon.

Donnerstag den 14. Januar

Konzert

der Violinvirtuosen Geschwister Fr. Emilie und Pauline Jewe, der Cellistin Frau. Emma Jewe und des Kapellmeisters Hrn. Rud. Winter.

Anfang 7½ Uhr. — Entrée 5 Sgr.

Morgen Konzert der Obigen.

Stern's Saal.

Freitag den 15. Januar 1869,

Abends 7½ Uhr.

Grosses Konzert.

Händel's Messias,

Teil I. und II.

aufgeführt von dem hiesigen Gesangverein für geistliche Musik unter Leitung seines Dirigenten Clemens Schön, unter Mitwirkung der Kapelle des Königl. 6. Infanterie-Regiments.

Billets zu nummerirten Sitzen à 15 Sgr., Stehplätzen à 10 Sgr., sind zu haben in der Hof-Musikhandlung von

Ed. Bote & G. Bock.

Kassenpreis 20 Sgr.

Schweidnitzer Keller.

Donnerstag den 14. d. M. Eisbeine und Sonnabend den 16. d. M. frische Wurst mit Sauerkohl, wozu ergebenst einladen.

J. Graetz.

Von den sehr beliebten Sauzischen treffen täglich frische Sendungen ein und werden empfohlen in der Liqueur- und Frühstücksstube Bronkerstraße Nr. 6. Auswärtige Aufträge werden prompt effektuiert.

NB. Auch werden empfohlen täglich frische Wiener Würstchen.

Das Komitee der evang. Diakonissen-Anstalt.

Am 23. d. M., Abends um 7½ Uhr, findet im Stern'schen Saal musikalische Abendunterhaltung und Tanz statt

